Informations-Dienst

zur Verbreitung unterbliebener Nachrichten



ERSCHEINT WOECHENTLICH NR. 214 28. JANUAR 1978
Redaktionsschluß: Donnerstag 16.00 Uhr

D 1870 CX

Seite 1 + 2: *"Der Kaktus"– Eine neue Alternativzeitung/ Dokumentarfilm ueber okzit. Winzerbewegung/ Anti-Terror–gesetze im Ueberblick/ Wer kennt billige Tagungshäuser? / Komitee zur Unterstuetzung des Bonner Thieu-Prozesses gegruendet/ "K(r)ampf" Lehrerausbildung in Nord-Rhein-Westfalen (und nicht nur da)/ Werner Schlegel bricht Hungerstreik ab/ Buchladen-Zeitung geplant/ AG SPAK will Knastgruppenarbeit auswerten/ Prozess gegen Walter Soyka/ Neue Alternativzeitung in Muenster*

frankfurter informationsdienst e.V.
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/70 43 52

postadresse:
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

KONTAKTZENTREN

2000 hamburg
hälfte des himmels
schlüterstr. 79
tel. 040/4104262

4630 bochum
politischer buchladen
im westenfeld
tel. 0234/702336

5000 köln
der andere buchladen
zülpicherstr. 197
0221/420214

7400 tübingen
aktion pol. buchladen
nauklerstr. 20
tel. 07071/23393

8000 münchen
basis buchladen
adalbertstr. 41b
tel.0811/2809522

eco libro
8004 zürich
engelstr. 62
tel. 01/391267

druck: druckladen
hamburger allee 45
6000 frankfurt 90
tel. 0611/705772

bilderdienst im id
postfach 90 03 43
6000 frankfurt 90

abonnement gegen vorauskasse von 1.50 dm je Heft. Mindestbetrag 18 dm für 12 Hefte (vierteljahr) auf
postscheckkonto
52 52 28 - 602
postscheckamt frankfurt (blz 500 100 60)
bitte stichwärter angeben: „neuabo", „verlängerung" „adresswechsel", außerdem die genaue adress noch besser: die abonummer

"DER KAKTUS" – EINE NEUE ALTERNATIV–ZEITUNG

DIEBURG
24. Januar

Seit Mitte 1977 gibt es in Dieburg den "Kaktus". Er erscheint unregelmäßig, pro Monat soll jedoch eine Nummer nach Möglichkeit herauskommen. Die Redaktion freut sich über jeden Artikel und andere Tips.
Zu beziehen ist der Kaktus (pro Nr. DM 0,50 + Porto) über
Wolfgang Schneider, Sandweg 2, 6116 Eppertshausen

– DOKUMENTARFILM ÜBER OKZIT. WINZER–BEWEGUNG –

24. Januar
C. Berthe aus Breziers, einer der MIVOC-Winzer (Interventionsbewegung okzitanischer Winzer) wird in der nächsten Woche mit dem Dokumentarfilm "N JA PRO" ("Jetzt reichts"), der über die Kämpfe der okzit. Winzer berichtet, durch die BRD reisen.

Am 30.1. Frankfurt 19.30 Harmonie
31.1. Marburg 20.00 Kommunikationszentrum Schulstr.
1.2. Münster/Westf. Kronenburg Hammerstr. 35-37
2.2. Heidelberg 20.00 Collegium Akademikum, Seminarstr. 3
3.2. Freiburg 20.00 zum Schwanen

Kontakt: Verein zur Förderung der deutsch-okzitanischen Freundschaft e.V. , Karlstr. 30, 6078 Neu-Isenburg, Tel.: 06102/37281

ANTI-TERROR-GESETZE IM ÜBERBLICK

MARBURG
20. Januar

Die neuere Entwicklung des Straf- und Strafprozeßrechts ist gekennzeichnet durch eine ganze Flut von jeweils in Anlehnung an aktuelle Ereignisse rasch zusammengeschusterte Änderungsgesetze. Darüberhinaus vergeht fast kein Tag, an dem nicht laut über neue Vorschläge nachgedacht wird.

Obgleich weitgehende Klarheit darüber besteht, daß jenem Phänomen durch innerstaatliche Gesetzesänderungen so gut wie überhaupt nicht beizukommen ist, läuft die Gesetzesmaschinerie auf Hochtouren und wird in absehbarer Zeit auch sicher nicht zum Stillstand kommen. Den vorläufigen Höhepunkt bildet dabei das in einem beispiellosen Schnellverfahren durchgepeitschte sog. „Kontaktsperrengesetz„. Diese Entwicklung hat die Marburger „Vereinigung Demokratischer Juristen" zum Anlaß genommen eine 40-seitige Dokumentation herauszugeben:

Anti-Terror-Gesetze
oder: Wie der Rechtsstaat zu Tode geschützt wird
(zu beziehen über: Michael Wagner, Friedrichstraße 11, 3550 Marburg)
Preis 1,– DM (bei Sammelbestellungen für Buchläden, etc. 0,70 DM)

Aus dem Inhalt: Strafrechtliche Normierung und Pläne in bezug auf § 129, § 129a (Kriminelle bzw. terroristische Vereinigung), § 125 (Landfriedensbruch), § 88a und § 130a (Gewaltparagraphen); Verteidigerausschluß, Recht auf Verteidigung, Kontaktsperregesetz, weitere geplante Einschränkungen der Rechte von Verteidigern und Beschuldigten.

WER KENNT BILLIGE TAGUNGSHÄUSER?

MÜNCHEN
Januar

Die Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise, AG SPAK will eine Liste aller guten und billigen Tagungshäuser zusammenstellen. - Wer Tips gibt, bekommt die vollständige Liste später zugeschickt.
Wichtig sind Angaben über Räume, Bettenzahl, Verpflegung, Tagessatz, Adresse, Telefon.

AG SPAK, 8 München, Elsässer Str. 9

KOMITEE ZUR UNTERSTÜTZUNG DER ANGEKLAGTEN DES BONNER THIEU–PROZESSES GEGRÜNDET

KÖLN
18.Januar 78

Am 14. Dezember wurde in Köln das Komitee zur Unterstützung der Angeklagten der Bonner Thieu–Prozesse gegründet.
In den Bonner Thieu-Prozessen sind insgesamt 18 Demokraten Antiimperialisten und Kommunisten wegen "schweren Landfriedensbruches" angeklagt und von Gefängnis zwischen 1 und 10 Jahren bedroht. Gleichzeitig fordert die Stadt Bonn Schadensersatz in Höhe von 150.000,-- DM von den Angeklagten und Uli Kranzusch, der in einem Gesinnungsprozeß bereits kurz nach dem Thieu-Besuch 1973 zu einem Jahr Gefängnis verurteilt worden war.

Das Komitee fordert die sofortige Einstellung der 3 Bonner Thieu -Prozesse. Es wendet sich gegen den damaligen Besuch des Faschisten und der US-Marionetten Thieu in der Bundesrepublik, der der Anlaß einer großen Protestdemonstration in Bonn und für die symbolische Besetzung des Bonner Rathauses gewesen war.

Der erste der drei Bonner Thieu-Prozesse wird nach Angaben unterrichteter Kreise im März 1978 beginnen. Nachdem in Bonn eigens ein besonderes Gericht eingesetzt wurde, besteht mehr denn je der Verdacht, daß das Gericht in diesen Prozessen beabsichtigen wird, nach 5 Jahren bzw. 6 Jahren Gesinnungsurteile auszusprechen.

Kontaktadresse: Postlagerkarte Nr. 092810 A, 5000 Köln 1

„K (R) AMPF" LEHRERAUSBILDUNG IN NORDRHEIN-WESTFALEN (und nicht nur dort)

Frankfurt
24. Januar

Ehemalige Referendare an einem Grund- und Hauptschulseminar in NRW haben eine Broschüre über die zweite Phase der derzeitigen Lehrerausbildung an Grund- und Hauptschulen in NRW erstellt.
Die Broschüre kann für 1.50 DM über folgende Adresse bestellt werden:
Richard v. Soldenhoff, Dieningstr. 42, 4715 Ascheberg

WERNER SCHLEGEL BRICHT HUNGERSTREIK AB

RHEINBACH
25.Januar 78

Von der Initiativgruppe Werner Schlegel erfuhren wir, daß der Antrag von Werner Schlegel auf Genehmigung eines Sonderbesuches endgültig abgelehnt wurde. Er hat darauf hin seinen Hungerstreik abgebrochen.
Werner Schlegel, Postfach 601, 5308 Rheinbach

BUCHLADEN-ZEITUNG GEPLANT

Dortmund
24. Januar

Von der „Bücherstube" aus Dortmund erhielten wir folgenden Brief:
„Liebe Genossinen und Genossen, die „Bücherstube" gibts bald zwei Jahre. Wir wollen jetzt regelmäßig – vielleicht alle drei Monate – eine Buchladenzeitung herausgeben.
Viel steht natürlich in der ersten Nummer über unsere Erfahrungen in den ersten zwei Jahren drin.
Unsere Bitte an Euch: wir wollen, daß ihr über eure Arbeit (was Ihr macht, wie Ihr es macht - beschreibt konkret Eure Arbeit und keine politischen Plattituden...) ebenfalls berichten könnt: damit wir Euch kennenlernen können und die Differenz zwischen Verlagen/Herausgebern/Auslieferern – Buchläden – Käufer kleiner wird.
Schreibt bitte möglichst bis *Ende Januar 1978.*
Noch was: Wir planen regelmäßige Diskussionen mit Autoren/Zeitschriftenkollektiven/Verlagskollektiven ... . Wenn Ihr Lust dazu habt (und wenn Ihr sowieso mal in dieser Gegend seid), schreibt uns. Kommt selbst und weist Eure Autoren darauf hin."

Kontakt: Bücherstube, Große Heimstr. GmbH, 4600 Dortmund, Große Heimstr. 62. T.: 0231 - 10 33 06



PROZESS GEGEN WALTHER SOYKA

Oldenburg
26. Januar

In einem Strafverfahren wegen des Verstoßes gegen das Rechtsberatungsgesetz wird Anfang Februar gegen den AKW-Gegner Walter Soyka (bekannt durch seine Vertretung von Klägern gegen AKWs in mehreren AKW-Prozessen, zuletzt im Prozeß gegen das AKW Esenshamm) verhandelt werden.
Ort: Amtsgericht Oldenburg, Gerichtsgebäude, Elisabethstr.8
Zimmer 231
Zeit: 1. und 8. Februar, jeweils ab 8 Uhr

AG SPAK WILL KNASTGRUPPENARBEIT AUSWERTEN

MÜNCHEN
Januar

Die Arbeitsgemeinschaft sozialpolitischer Arbeitskreise möchte die Erfahrungen, das Scheitern und die Erfolge von Knastgruppenarbeit in einer Broschüre auswerten und daraus Grenzen und Möglichkeiten dieser Arbeit zu entwickeln. Sie bittet die entsprechenden Gruppen, Kontakt aufzunehmen:

AG SPAK, 8 München 80, Elsässer Str. 9

NEUE ALTERNATIVZEITUNG IN MÜNSTER

MÜNSTER
Januar

Münsters "Grünes Blatt" wird von einer Gruppe aus dem Arbeitskreis Umwelt Münster hergestellt. Es beschäftigt sich vor allem mit regionalen Umweltfragen – Münster und Westfalen, die aber auch in größeren Zusammenhang gestellt werden. In einer Selbstdarstellung heißt es:

"Die Zeitung wird nur gut, wenn alle Leute – vor allem hier aus der Gegend – die irgendwo irgendwas erfahren, erleben, an Auseinandersetzungen teilnehmen, das Grüne Blatt mitmachen. Wichtig wird das gerade deshalb, weil das Münsterland in der nächsten Zeit vollgeklotzt werden soll mit Giftmülldeponien, Atomkraftwerken, Zwischenlager (in der Nähe von Salzstöcken), Urananreicherungsanlage ... Kontakt-Adresse: ROSTA-Buchladen, 4400 Münster, Spiekerhof 43, Tel.: 0251/44926.

EINE ERFREULICHE AKTION FÜRS JUGENDHAUS

FRANKFURT
25. Januar

Am Samstag, den 21. Januar 1978 fand im Hochhaus-Getto am Frankfurter Berg eine Aktion von Jugendlichen und Sozialarbeitern im Zusammenhang mit dem Sozialarbeiter-Streik für ein Jugendhaus, die Besetzung der offenen Planstellen und eine Spielstube statt (s. ID 213).
Vorbereitet war die Sache durch viele Plakate und Flugblätter in der Siedlung, Einladung des "Linksradikalen Blasorchesters", Presse und Fernsehen, Transparente und Malaktion.
Als Jugendliche nachts zuvor an die tristgraue Parkhauswand ihre Forderung nach einem Jugendhaus in Selbstverwaltung schreiben wollten, beschimpfte sie ein farbenhassender Ordnungsfan und rief nach der Polizei. Die Grünen kamen nicht - stattdessen wurde sein Gesicht leuchtend ölfarbenrot. Er war bei seinem Bemühen um saubere Betonwände anscheinend unter den Pinsel geraten!
So gegen 14 Uhr sammelten sich am Samstag auf dem zukünftigen Jugendhausplatz Jugendliche, Sozialarbeiter, Pressevertreter, einige erwachsene Bewohner der Hochhäuser und viele neugierige Kinder. Es gab Infostände, Getränke und Wurstbrote. Als endlich das angekündigte Fernsehteam da war, setzte sich eine Art Umzug durch die Siedlung in Bewegung: vorneweg ein Clown bzw. "Sozialarbeiter im Streik", zwei würdige "Herren" in Frack und Hut, Kinder, die die seltene Abwechslung weidlich genossen und um den Clown und einen "Schupo" herumtobten und Jugendliche auf Motorrädern mit einem großen Transparent. Manche Jugendliche, die an Planung und Vorbereitung wenig beteiligt waren und einige Erwachsene schlossen sich nur zögernd und vorsichtig dem Zug an. Umsomehr Bewegung war an den Fenstern der Hochhäuser: teils offen, teils hinter Gardinen versteckt beäugten von allen Fenstern aus Neugierige den Umzug.
Zurück am geplanten Bauplatz des Jugendhauses wurde von den zwei "Herren" in Frack (der Oberbürgermeister Wallmann und Bürgermeister Sozialdezernent Berg sollten dargestellt werden) nach kurzen Ansprachen symbolisch der Grundstein gelegt und der Jugendhausbaubeginn eröffnet.

Einige Kinder und Jugendliche fingen daraufhin an, in der matschigen Wiese zu buddeln. Trotz feuchter Kälte, weniger Teilnahme als erwartet und Verzögerungen im Ablauf (wegen der technischen Erfordernisse des Mediums Fernsehen) fanden die Beteiligten die Aktion insgesamt erfreulich. Sowohl für die beteiligten Jugendlichen als auch für die Sozialarbeiter war die ganze Sache wichtig, um aus dem Alltagstrott in beengten räumlichen Verhältnissen (kleine 2-Zimmerwohnung ist im Moment Büro und Jugendhausersatz), trister Umgebung und entsprechend reichlichen Konflikten untereinander mal rauskommen. Dabei ist erstmals was in Bewegung gekommen - ohne übertriebene Erwartungen - auch aus Spaß, was zu machen. Es gab viel unkompliziertere weil klarere Anknüpfungspunkte in der Siedlung. So z.B. beim Plakatkleben im Einkaufszentrum: "Plakate aufhängen? Darf ich ja nur für Apothekensachen; aber für's Jugendhaus bin ich ja eigentlich auch! Na, hängt es mal hin!", oder: ""Mein Mann (der hatte nein gesagt) steckt seine Nase überall rein, was ihn nichts angeht. Habt ihr noch Plakate da?"
Das Clownspielen hat dem Sozialarbeiter großen Spaß gemacht und den anderen auch - vor allem Kindern. Selbst die Mühe mit dem Fernsehen hat letztlich gelohnt: In der Hessenschau gab's einen ganz guten Bericht, der sicher in der ganzen Siedlung die Attraktion war: " Guck mal, der soundso war auch dabei!"
Erstaunlich sind die Reaktionen von Arbeitgeberseite - bisher keine Kündigungen nach 1 1/2 Wochen Streik (beim Interna-

tionalen Bund für Sozialarbeit wurden innerhalb der letzten 2 Jahre im Rhein-Main-Gebiet 60 fortschrittliche Leute teils wegen Lapalien gekündigt). Beide Trägerinstitutionen der Arbeitsgemeinschaft (der schon genannte IB und der Regionalverband der ev. Kirche) scheinen unsicher und uneinig zu sein. Es sieht so aus, als wolle man erst noch formale Gründe suchen, um die immer noch zu erwartenden Kündigungen zu rechtfertigen. Vorerst sind die Jugendlichen und Sozialarbeiter aber ganz zufrieden und zuversichtlich. Am Freitag, dem 27.1. soll auf einer Magistratssitzung über die Mietvereinbarung zwischen Neuer Heimat und Stadt als letzter Voraussetzung zum Jugendhausbau entschieden werden.

Kontaktadresse: Helmut Schönberger, Eckenheimer Schulschulstr. 2, 6 Frankfurt 50, Tel. 544182

ALLTAG IM GYMNASIUM

BAD NENNDORF 24. Januar *Aus der "Chaos-Zeitung", dem Blatt für die Jugendlichen in Bad Nenndorf (bei Hannover), entnehmen wir den folgenden Beitrag:*

6 Monate sind vergangen seit das neue Bad Nenndorfer Schulzentrum eingeweiht wurde. Bei der Einweihung konnte der aufmerksame Zuschauer feststellen, wie sehr jeder Festredner bemüht war, Begriffe wie: "gute Zusammenarbeit zwischen Schülern, Lehrern und Schulleitung", "gegenseitige Toleranz", etc. in seine Ausführungen einzuflechten. Nach 6 Monaten sind jedoch die Hoffnungen vieler Schüler bezüglich eines besseren Schulklimas zerronnen, denn folgendes Alltagsbild zeichnet sich ab:
Wer seine Füße auf einen benachbarten Stuhl legt, um sich einen Moment von den Unterrichtsstrapazen zu erholen, oder sogar die Unverschämtheit besitzt, sich auf das Treppengeländer zu setzen, beschädigt mutwillig Schuleigentum und muß mit entsprechenden erzieherischen Maßnahmen rechnen.

Umarmen und ähnliche Sympathiebeweise sind untersagt. Sollte jemand dieses Verbot ignorieren, muß er mit erzieherischer Maßregelung rechnen.

In den vergangenen 6 Monaten wurden folgende Plakate vom schwarzen Brett entfernt (es ist möglich, daß die Aufzählung nicht vollständig ist):
Ein Plakat des "Komitees für Frieden, Abrüstung und Zusammenarbeit". Begründung: Nicht die Forderung nach Frieden und Abrüstung gefährdet den Bildungsauftrag der Schule, sondern die Tatsache, daß es sich bei dem Herausgeber des Plakats um eine umstrittene Organisation handelt (weil dort Kommunisten mitarbeiten). An dieser STelle ist anzumerken, daß der Bildungsauftrag der Schule laut § 2 des niedersächsischen Schulgesetzes auch folgende Forderung beinhaltet:
"Die Schüler sollen fähig werden, sich Informationen beschaffen und sich ihrer kritisch zu bedienen." Ferner wurden entfernt:

Ein Plakat des Russell-Tribunals. Begründung:
Gefährdung des Bildungsauftrages der Schule.

Ein Plakat der IG Druck und Papier mit dem Aufruf nach den Enthüllungen Günter Wallraffs keine BILD-Zeitung mehr zu kaufen. Der Schüler, der dieses Plakat aufgehängt hatte, (ohne wissen der SV) daruntergeschrieben: "Im Auftrag der SV".
Die Abnahme des Plakats wurde damit begründet, hier hätte die SV ihren Aufgabenbereich überschritten. Ein Schülervertreter informierte den Schulleiter, daß der Zusatz "im Auftrag der SV" gestrichen werden müßte und das Plakat danach wieder aufgehängt werden sollte. Der Schulleiter stimmte dem nicht zu. Daraufhin hing der Schülervertreter nach Entfernen des besagten Zusatzes unter seinem Namen das Plakat wieder auf, es wurde erneut abgenommen. Ein Gespräch zwischen dem Schulleiter und dem betreffenden Schülervertreter hat noch nicht stattgefunden.

Ein Plakat das auf das Erscheinen der Chaos Nr. 6 hinwies. Begründung: Wirtschaftswerbung. Diese und ähnliche Vorfälle sollten eigentlich nicht nur Anlaß zum Nachdenken geben, sondern auch zum Handeln. Es ist ja nicht so, daß wir Schüler überhaupt keine Rechte haben!
In den letzten 1 1/2 Jahren hat sich die Zahl der Teilnehmer an den SV Versammlungen zwar erhöht und auch die Zahl der Aktiven in der SV hat zugenommen, aber wir sind noch lange nicht genug! Wir können jede Frau und jeden Mann gebrauchen, wenn wir etwas schaffen wollen!

Kontakt: Chaos, c/o AG Druck und Frust im Jugendzentrum Bad Nenndorf

SELBSTVERWALTETES FREIZEITZENTRUM WISCHLINGEN ZERSTÖRT

DORTMUND 24.Januar *Bereits im November letzten Jahres ereignete sich folgender Vorgang:*

Am Dienstag, den 29.11.77 um 9 Uhr morgens ist die einzige selbstverwaltete Freizeitanlage in Dortmund widerrechtlich von Baggern der Revierpark GmbH zerstört worden.
Wischlingen, das waren wir Kinder, Lehrlinge, Schüler, Hausfrauen, Arbeiter, Studenten, Lehrer und Rentner, die seit fünf Jahren dort arbeiten.
Wischlingen, das waren Werkstätten für Keramik, Siebdruck, Foto, Batik, Graphik, Instrumentenbau, Gitarrenspiel, Schreinerei und Schallplattenproduktion.
Wischlingen war eine Teestube, als Ort von kulturellen Veranstaltungen und ein gemütlicher Treffpunkt.
Wischlingen war eine Kinderspielstube.
Wischlingen war ein Ort, der Spontanität und der Kreativität.
Wischlingen war ein Ort nicht entfremdeter, sondern selbstbestimmter Freizeit.
Das war Wischlingen, das wir mit eigenen Händen aufgebaut hatten und das zu unserer Erschütterung in nur zwei Stunden niedergerissen wurde.
Es gab viele, die ihre Anerkennung für Wischlingen ausdrückten. Sogar die Revierpark GmbH wollte uns neben sich akzeptieren.
Welche Bedrohung der Stadtrat und die Revierpark GmbH in unserer Arbeit sahen, zeigen die Etappen, in denen unsere Selbständigkeit und Arbeit eingeschränkt wurden.

Ende '74 fing es damit an, daß man uns das Hauptgebäude mit der Kneipe wegnahm und die Verwaltung des Revierparks dort hineinsetzte. Unsere Mietverträge wurden gekündigt. Zugesagte neue Mietverträge mit der RV GmbH wurden nicht geschlossen, statt dessen bekam die Volkshochschule Dtmd. das Nutzungsrecht. Dozentenverträge mit der VHS und Gelder wurden plötzlich im Frühjahr '77 gestrichen.
Im Sommer '77 kündigte uns die RV GmbH endgültig die verbliebenen Räume.
Wir wehrten uns mit verstärkter Öffentlichkeitsarbeit und ließen uns nicht vertreiben.
Die GmbH drohte uns mit einer gerichtlichen Räumung.
Anfang Dezember 77 wurde auf Druck von der SPD-Ortsfraktion ein Gespräch angeboten, das jedoch nicht eingehalten wurde. Die Bürgerinitiative wurde eineinhalb Monate von der SPD hingehalten, um sie einschlafen zu lassen. Sie besteht aber heute noch, wenn auch um einige Mitglieder weniger.
Mitte Februar werden wieder Kurse abgehalten: In Dortmund-



Huckade mit Jugendlichen in einer Kirchengemeinde, in der westlichen Innenstadt in einer Teestube und in Dorftfeld in einer Fotogalerie (Foto- und Siebdruck).
Momentan schätzen die "Wischlinge" die Lage nicht so ein, daß sie von der Stadt wieder ein eigenes Zentrum erhalten werden. Die Humanistische Union, die sich für Kulturschaffende einsetzt, versucht ein Haus zu finden, in dem mehrere Initiativen tätig werden können.
In der "Wischlingen"-Affäre stand die SPD-Parteibasis voll hinter der Initiative. Einige SPD'ler sind sogar aus der Partei ausgetreten, weil die Parteioberen maßgeblich an dem Abriß des Freizeitenzentrums beteiligt waren. Inzwischen wurde eine Strafanzeige wegen vorsätzlicher Sachbeschädigung gegen Unbekannt gestellt. Es läuft ein Zivilprozeß, wo die Schadensforderungen verfolgt werden (Streitwert 45 000 DM), und auf der strafrechtlichen Seite wird konkret ermittelt, wer den Abriß angeordnet hat. Die SPD fängt da jetzt auch schon an zu mauern, um die Ermittlungen zu verschleppen.
Die Empörung über den Abriß von "Wischlingen" war auch deshalb so groß, weil es in Dortmund fast keine Möglichkeit gibt (von den Räumen oder Häusern her gesehen) selbständig Eigeninitiativen aufzubauen. Viele Häuser stehen leer, sind zugemauert und werden absichtlich verrottet. Billigen Wohnraum gibt es fast nicht.
Völlig überraschend und ohne die Räumungsklage wahrzumachen, wurde Wischlingen abgerissen, weil sich die Stimmen für den Erhalt der Anlage häuften. Mit diesem Abriß haben Herr Hahn und seine Kumpane ihre wirklichen Absichten gezeigt. Selbstbestimmung der Bevölkerung darf es anscheinend nicht geben. Wir haben heute allen Grund uns gegen diese "Saubermänner" zu wehren. Was wir in Wischlingen erlebt haben, zeigte uns, daß wir uns wehren müssen, und wo die Gewalt in diesem Land herkommt.
Wenn in Wischlingen jemand die Gewalt propagiert und ausgeführt hat, dann Herr Hahn!

Wir übersehen nicht die Gewalt, die diese Verhältnisse und Institutionen produzieren, aber Herr Hahn hat sie in besonderer Weise forciert. Deshalb ist dieser Mann als Vorsitzender des Verwaltungsrats der RV GmbH unzumutbar.
Wir fordern deshalb seinen Rücktritt!
Wir werden weiterarbeiten, bis Wischlingen wieder uns allen gehört. Wir fordern das Hauptgebäude zurück und die Wiederherstellung der demolierten Foto- und Siebdruckräume.

Im Mai 77 schrieben die "Wischlinge" warum sie anders waren, was sie von der kommerziellen Freizeitindustrie unterschied.

"Wir gehen bei unseren Überlegungen davon aus, daß in zunehmenden Maße die Freizeit kommerziell ausgenutzt wird, die Vereinzelung zunimmt, gemeinschaftliches Handeln und Arbeiten verhindert wird und vor allem die Möglichkeit fehlt zu lernen, seine Bedürfnisse und Interessen auszuleben und zu erkennen.

In Wischlingen ist man nicht auf bestimmte Kurse festgelegt, sondern kann innerhalb der Angebote wechseln oder einige zusammen wahrnehmen, z.B. Siebdruck/Foto. Man kann ausserhalb der Kurszeiten in den Werkstätten arbeiten und kann sich in der Teestube zusammensetzen, miteinander reden, Probleme der Arbeit gemeinsam aufarbeiten, Erfahrungen weitergeben und eine ganze Menge mehr machen. Die Arbeit in Wischlingen ist selbstorganisiert und selbstverwaltet. Die Entscheidungen werden mit allen besprochen und gemeinsam gefällt.
Dieser Grundgedanke steht hinter dem Konzept der "Wischlinge". Seit Jahren zieht es immer mehr junge und alte Dortmunder nach Wischlingen, um dort zu töpfern, zu schreinern oder etwas anderes aus dem umfangreichen Programm zu machen. Bisher hat die Volkshochschule (VHS) sich dies zunutzegemacht und die von den "Wischlingen" durchgeführten Kurse in ihr eigenes Programm aufgenommen und bezahlt.



Der Erfolg und die Beliebtheit dieser Arbeit lassen sich an der Zahl von ca. 850 Teilnehmern seit 1973 ablesen.

Was ist nun in Wischlingen anders? Freizeit muß freie Zeit sein; frei von Programmen, Verboten, zeitlicher Begrenzung und Leistungsdruck. So versteht sich Wischlingen zunächst einmal als organisatorischer Rahmen, in dem Werkstätten, Labors, Material und "Know how" zur Verfügung gestellt werden. Alles weitere ist Sache derjenigen, die dieses Angebot wahrnehmen.

Eine Teestube ergänzt die Kurse als Kontakt- und Kommunikationsmöglichkeit. Dort läßt sich zwanglos beisammen sein."

Kontaktadresse: Klaus-Werner Wollnowski, Wörthstr. 63, 4600 Dortmund 1
(aus Klüngelkerl Nr. 7 und 13)

SCHÜLERINITIATIVE GEGEN DIE REPRESSION

KÖLN,
24. Januar

Zu einem regionalen (nordrheinwestfälischen) Treffen ruft die Kölner Schülerinitiative gegen Berufsverbote auf. Hier der Text des Aufrufs:

Liebe Mitschüler und Mitschülerinnen, auf diesem Wege möchten wir mit Euch Kontakt aufnehmen und einen Informations- und Erfahrungsaustausch beginnen. Wir, das sind die Arbeitsgemeinschaft gegen die neuen Schulgesetze, die Kölner Schülerinitiative gegen Berufsverbote und die Schülergruppe Maulwurf (wir sind alle aus Köln).

Wir möchten Euch ganz herzlich zu einem Treffen einladen, das die Möglichkeit bieten soll, uns kennenzulernen und das, was an den einzelnen Schulen passiert ist und die Erfahrungen, die wir dabei gemacht haben (Zensurmaßnahmen, Unterrichtsinhalte und Ideologie in der Schule, Konkurrenzkampf, Vereinsamung der Schüler, Berufsverbote, Anti-Repressionskampf, Russell-Tribunal, SMV-Arbeit, Schülerzeitungen).

Wir sollten uns überlegen, wie wir zusammenarbeiten könnten und ob es sinnvoll ist, in nächster Zeit ein größeres Schülertreffen in Nordrhein-Westfalen zu machen (vielleicht einen Schülerkongreß?).

Also: Bringt alle Eure Informationen, Erfahrungen und Meinungen und viel Energie mit (Und Material von Euch, Flugblätter, Schülerzeitungen etc.)

Am Samstag/Sonntag 11./12. Februar im Lehrer- und Sozialarbeiterzentrum, Turinerstr. 7, 5000 Köln 1
(hinter dem Hauptbahnhof am Breslauer Platz/Nord-Süd-Fahrt).
Beginn: 16.00 h (ab 13.00 h sind Leute im Zentrum)
Wir erwarten Euch bei Kaffee und Kuchen.

Es wäre schön, wenn Ihr uns wegen Schlafen und Essen benachrichtigen könntet, wieviele von Euch kommen.
Und wenn Ihr noch mehr Informationen möchtet:
Wolfgang Lindweiler, Gierkestr. 46, 5000 Köln 6o,
Tel.: 0221/747585.

FAHRRADDEMONSTRATION DER ZIVILDIENSTLEISTENDEN

Von einem Teilnehmer der Fahrraddemonstration stammt der folgende Bericht:

KÖLN
21. Januar

Am 21.Januar fand in Köln eine Fahrraddemonstration der Zivildienstleistenden (ZDL) gegen Kasernierung und Arbeitsdienst und die Wiedereinführung der Gewissensprüfung statt. Obwohl nur ca. 100 Leute teilnahmen wirkte das ganze rein optisch nach mehr. Die Bevölkerung war recht aufgeschlossen und im allgemeinen wurden nicht nur die Flugblätter bereitwillig genommen, sondern oft kamen Leute auf uns zu, weil sie eins wollten. Größtenteils lag das wahrscheinlich an der für Köln recht neuen Demoform, die nicht nur Aufsehen erregte sondern auch die Leute nicht durch Fahnen und Transparente und geschlossene Information von vorneherein abschreckte. Da immer nur Teile des Zuges kurze Lieder sangen oder Parolen riefen und nicht alle auf einmal, bekamen die Zuschauer akustisch wahrscheinlich nicht so viel mit, dafür wurden mehr Flugblätter gelesen, deren Informationsgrad auch entschieden höher ist als ein paar markige Sprüche. Ein kurzes Theaterspiel von Kölner ZDLs wurde zweimal gespielt. Beim ersten Mal schauten außer uns nur die Bullen zu, beim zweiten Mal an einer günstigeren Stelle auch ein paar Pasanten.

BUNDESAMT FÜR DEN ZIVILDIENST VERSUCHT ZIVILDIENSTLEISTENDE EINZUSCHÜCHTERN

FRANKFURT
25. Januar

Mit dem Streik der Zivildienstleistenden am Freitag (27. Januar) gegen die Gewissensprüfung, jegliche Kasernierung von Zivildienstleistenden, eine Ausweitung des Zivildienstes auf Bereiche wie Bundesbahn oder Post bzw. insgesamt Zivilschutz, gegen Zwangs- und Strafversetzungen von Zivildienstleistenden versucht das Bundesamt für den Zivildienst hilflos in Form von eilig abgefaßten "Rundschreiben" an sämtliche Zivildienststellen fertigzuwerden. Zitate aus dem Rundschreiben:

"Die Dienstverweigerung eines Zivildienstleistenden ist daher in jedem Fall ein Dienstvergehen nach § 58 Zivildienstgesetz. Ich mache darauf aufmerksam, daß bei der Ahndung entsprechender Dienstvergehen der Rahmen der Disziplinarmaßnahmen bis zur Höchstgrenze der Geldbuße (Sold für 4 Monate) ausgeschöpft werden kann. Darüberhinaus wird die Dienstverweigerung beim Vorliegen der Voraussetzungen als Straftat nach § 54 Abs. 1 Zivildienstgesetz verfolgt."

Soweit also der Originalton des Bundesamtes. Das bedeutet im Klartext, daß Zivildienstleistende, die ohnehin in einem besonderen öffentlich-rechtlichen Dienst- und Gewaltverhältnis stehen (sprich: faktisch rechtlos sind!) bei der Wahrnehmung und Artikulation ihrer direktesten Interessen kriminalisiert werden. Trotzdem sollte man sich von den Drohgebärden des Bundesamtes nicht beeindrucken lassen. Denn diese Bundesbehörde gehört zu den denkbar bürokratischsten und gleichzeitig überlastetsten. Sprich: Sie ist kaum handlungsfähig.
Bei der derzeitigen Streikbereitschaft (und die liegt bei 70 %) würde es Jahre in Anspruch nehmen, alle Streiker disziplinarisch oder gar strafrechtlich zu verfolgen. Was passieren wird (und was man ja kennt): Es werden nach alt bewährtem Muster einige wenige ZDLs herausgegriffen, und anhand dieser Fälle wird dann ein VErfahren durchgezogen. Für diese ZDLs wird genug Geld und Rückhalt vorhanden sein, denn die Resonanz an den Informationsständen der Zivildienstleistenden innerhalb dieser Aktionswoche ist ausgesprochen gut und verständnisvoll gegenüber dem Handeln der ZDLs.
Dies gehört zu den bisher wichtigsten Ergebnissen aus den Informationsveranstaltungen der Zivildienstleistenden.

GRÜNE LISTE IN GORLEBEN GEGRÜNDET

GORLEBEN 12.Januar *Zufällig war ein ID'ler Zeuge der Gründungsversammlung einer Grünen Liste in Gorleben, dem geplanten Standort der Wiederaufbereitungsanlage. Hier sein Bericht:*

Am 12. Januar wurde in Gorleben der Kreisverband Lüchow-Dannenberg der Grünen Liste Umweltschutz (GLU), Landesverband Niedersachsen, gegründet. Ende Januar sollen es etwa 22 Kreisverbände sein. Den Landesverband gibt es schon.

Bei der Gründungsversammlung waren etwa 150 Leute. Überwiegend ortsansässig, keine jung'sche Scene. 34 traten schließlich dem Kreisverband sofort bei.

Die Stimmung war erwartungsvoll. Sie wurde in gewohnter Weise befriedigt. Ein beredter Vertreter des Landesverbandes der GLU hob an:

Die Gründung der GLU sei aus drei Erfahrungen heraus notwendig:

Erstens hätten die Bürgerinitiativen die Erfahrung gemacht, daß unverhältnismäßig viel Zeit aufgewendet werden mußte, die demokratische Qualität der BI's nachzuweisen (was offenbar heißen soll, jetzt müsse eine politische Organisation her, deren demokratischer Gehalt von vornherein unzweifelhaft ist, da sie sich schon bei ihrer Gründung ganz unzweideutig gegen links und rechts abgegrenzt hat — was nach den Erfahrungen aus den BI's wohl eher gegen links bedeutet.)

Ich bin mir nicht sicher, ob der folgende Vorfall auf diese Haltung zurückzuführen ist oder bereits auf wahlkampftaktische Überlegungen: ein Vertreter der AUD machte den Vorschlag einer Zusammenarbeit bis hin zur Listenverbindung. Die kühle Reaktion des Fachmanns vom Landesverband: Listenverbindung sei gesetzlich nicht möglich. Seine Ablehnung war so eisig, daß selbst einige ältere Gründungsmitglieder ihm gegenüber klarmachten, sie wollten Zusammenarbeit so weit wie irgend möglich, doch sei' der Abend wohl nicht der richtige Zeitpunkt, darüber zu diskutieren.

Zweitens: Alle drei im Parlament vertretenen Parteien hätten vor der Industrie resigniert.

Drittens: Die Regierenden entschieden nicht mehr mit dem Bürger, nur angeblich für ihn, in Wirklichkeit in Existenzfragen aber gegen ihn. Je mehr von Demokratie die Rede sei, desto mehr Stacheldraht werde gezogen.

Ministerpräsident Albrechts Strategie des Stillschweigens bis zur Landtagswahl werde durch die Gründung der GLU durchkreuzt.

Der Redner ging auch auf Kritik an der GLU ein. So habe Egon Bahr gesagt, die GLU schade der Demokratie. Dem wurde entgegengehalten, daß gerade die GLU bereits in ihrem Programm ein Verbot von Mehrfachmandaten und Übernahme von Aufsichtsratsplätzen durch Parlamentarier stehen habe. Auch werde ein Verbandsklagerecht gefordert, sowie die Durchsetzung von Volksentscheiden und die Einführung einer bürgernahen Verwaltung.

Ich finde das schon sehr erfreulich.

Aber offensichtlich haben diese Überlegungen keine Auswirkungen auf die innerorganisatorische Struktur gehabt. Ämterhäufung scheint kein Problem zu sein. Überhaupt hätte ich von einer Organisation, die gerade deswegen entstanden ist, weil der Bürgerwille kein Sprachrohr mehr hatte, erwartet, daß Überlegungen angestellt werden, wie der Verselbständigung der Vertreter zu begegnen sei.

Auch der Ablauf des Abends läßt da wenig erfreuliche Schlußfolgerungen zu. Der Versammlung wurde das (vom Landesverband ausgearbeitete) Statut verlesen. Um die Katze nicht ganz im Sack zu kaufen, wurde der Vertreter des Landesverbandes aufgefordert, wenigstens die wichtigsten Passagen des Programms zu verlesen. Eine Aussprache fand nicht statt. Änderungen waren offensichtlich schon gar nicht einkalkuliert. Man schritt zur Gründung.

Der Abend endete mit der Wahl des dreiköpfigen Vorstandes — und der Schiedskommission.

VORBEREITUNGSTREFFEN FÜR DEN WIDERSTAND GEGEN DIE WIEDERAUFBEREITUNGSANLAGE

FRANKFURT 11. Januar Am vergangenen Wochenende (7./8. Januar) haben sich im Landkreis Lüchow-Dannenberg gewaltfreie Aktionsgruppen aus dem gesamten Bundesgebiet, die Freundeskreise der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg aus Berlin, Rhein-Main-Gebiet und Bremen zu einem 3-tägigen Arbeitstreffen zusammengefunden. An diesem Treffen nahmen auch 2 Vertreter des Vostandes des Bundesverbandes der Bürgerinitiativen Umweltschutz (BBU) teil.

Es wurde mit Vertretern der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg abgesprochen, wie mit direkten, gewaltfreien Aktionen, z.B. Sitzstreiks, schon bei den vorbereitenden Maßnahmen zu den sogenannten Probebohrungen für die geplante Wiederaufbereitungsanlage und Atomnülldeponie dauerhafter Wiederstand organisiert werden kann.

Dieser Widerstand richtet sich gegen die mit der Einleitung der Baumaßnahmen für die Atommüllanlagen festgeschriebene grundsätzliche Vernichtung der landwirtschaftlichen Struktur des Landkreises Lüchow-Dannenberg und auch insbesondere gegen die Entwicklung der BRD hin zum Atomstaat.

Gleichzeitig tagten der Vorstand des Landesverbandes der Bürgerinitiativen Umweltschutz Niedersachsen (LBU) in Hannover und die Arbeitsgemeinschaft der Bürgerinitiativen Lüneburger Heide (ABL) in Bad Bevensen, die sich ebenfalls mit Aktionen gegen die Baumaßnahmen im Kreis beschäftigten.

Kontaktadresse:
Rüdiger Stuckart, Dahlmannstr. 32, 1 Berlin 12

GROHNDE-PROZESSE IN HANNOVER

Hannover
23. Januar

Die Prozeßwelle gegen Teilnehmer der Demonstration in Grohnde vor dem Landgericht in Hannover rollt weiter.

PROZESS GEGEN KARL WINTER

Der erste Verhandlungstermin gegen Karl aus Kassel fand am Freitag, den 13. Januar statt.
Vorgeworfen wurde ihm die Teilnahme an der Demonstration vom 19.3.77 am Bauplatz in Grohnde, womit er den Tatbestand des "schweren Landfriedensbruchs" erfüllt haben soll.

Durch Verfügung des Vorsitzenden Richters wurde das Landgericht innen und außen in eine Festung verwandelt. Rund um das Prozeßgebäude: 1,20 m hohe Sperrgitter abgesichert durch über 300 Polizeibeamte mit Schildern und langen Holzknüppeln. Alle Zuhörer, die den Saal betreten wollten, wurden in übertriebener Weise kontrolliert, alle möglichen Dinge wurden ihnen abgenommen. Der Personalausweis wurde fotokopiert und sicherheitshalber bis zum Ende des Verfahrens einbehalten. Nachdem der Prozeß eröffnet worden war, wurde festgestellt, daß der Angeklagte nicht erschienen ist. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft erließ das Gericht dann einen Haftbefehl.
Der Prozeß wurde auf den 17.1.78 vertagt. Über 150 Demonstranten forderten die Einstellung des Verfahrens vor und im Gerichtsgebäude.

PROZESS GEGEN RÜDIGER JÖRß

Am 16. Januar sollte der Prozess gegen Rüdiger Jörß stattfinden. Da Rüdiger ebenfalls nicht erschienen war, konnte nicht verhandelt werden. Vor dem Gericht demonstrierten über 600 AKW-Gegner und forderten die Einstellung aller Grohnde-Verfahren. Wir drucken in Folgendem Rüdigers persönliche Erklärung über sein Nichterscheinen vor Gericht:

"Nach dem Willen der Justiz wurde heute mein erster Prozeßtag wegen angeblichem schweren Landfriedensbruchs und gefährlicher Körperverletzung, begangen auf der Demonstration am 19.3.1977 in Grohnde, stattfinden. Dieser Termin ist "geplatzt", weil ich ferngeblieben bin, um noch einmal praktisch unsere Forderung nach Einstellung aller Straf- und Ermittlungsverfahren gegen AKW-Gegner zu bekräftigen. Möglich war dieses Verhalten nur, weil gleichzeitig sehr viele Menschen vor dem Landgericht diese Forderung praktisch unterstützten. Für meinen Entschluß, diesem Termin ferzubleiben, sind vor allem zwei Motive ausschlaggebend:

1.) Das bisherige Verhalten von Polizei und Justiz hat demonstrativ bewiesen, daß von dieser Seite — auch unter Ausschluß jeder "Rechtsstaatlichkeit" — die Grohnde-Angeklagten (Und damit die Anti-AKW-Bewegung) kriminalisiert werden soll.
Der Staat setzt rücksichtslos seinen Machtanspruch durch:
- Gegen den Angeklagten Karl Winter wurde Haftbefehl erlassen;
- der ebenfalls wegen der Grohnde-Demonstration angeklagte Gerd Schulz ("Jerry") sitzt seit mehreren Monaten in Untersuchungshaft — ohne Haftprüfungstermin ;
- bei dem Angeklagten Andreas Hanke wurde Sonntag, den 15.1.78 eine Hausdurchsuchung durchgeführt, offensichtlich in der Absicht, ihn zu verhaften;
- Linda Engelbart, ebenfalls angeklagt, wurde Freitag, den 13.1.78 verhaftet und sitzt seitdem in U-Haft — ohne daß es dafür auch nur eine rechtliche Grundlage gäbe.

Was hätte ich angesichts dessen zu erwarten gehabt? !
Diese Befürchtung bestätigte sich, nachdem gegen mich ein Haftbefehl in Abwesenheit meiner Anwälte ausgesprochen wurde, obwohl sie sich entschuldigt verspäteten.

2.) Die Tatsache, daß ich heute dem Prozeß ferngeblieben bin, bedeutet nicht, daß ich "untertauchen" oder "emigrieren" wollte. Ich bin ein Teil der Bewegung und werde es auch in Zukunft bleiben und in ihr meine politische Arbeit fortsetzen. Ich werde nicht auf die vom Gericht aufgebauten Scheinalternativen eingehen, entweder mich kampflos verurteilen zu lassen oder in den 'Untergrund' zu gehen. In diesem Zusammenhang ist die heutige Aktion zu sehen.

Andererseits erkenne ich aber auch, daß die Anti-AKW-Bewegung derzeit kaum in der Lage sein wird, die Konfrontation allein auf dieser Ebene längere Zeit erfolgreich durchzustehen.
Wir werden nicht umhinkommen, diese Prozesse zu führen, also auch im Gerichtssaal zu agieren. Wir werden versuchen, diese Prozesse zu einer Anklage der Atom—Industrie und ihres Staates zu machen.

Rüdiger Jörß Hannover, 16.1.1978

Rüdiger ist zu seinem zweiten Termin erschienen, worauf der Richter den Haftbefehl aufgehoben hat. Der Anwalt wollte sein Mandat niederlegen, da er mit der Strategie Rüdigers nicht einverstanden war. Der Richter reagiert auf den Anwaltswunsch mit einem Griff in die Trickkiste. Er will ihn zum Pflichtverteidiger machen. Der Anwalt, der Rüdiger offensichtlich wirklich nicht verteidigen will, beantragt formgerecht seine Entpflichtung. Als ihm die abgelehnt wird, verläßt er den Saal.
Ca. 70 Leute haben am 19. Januar die Marktkirche in Hannover besetzt, um gegen die Grohnde-Prozesse zu demonstrieren und um sich solidarisch mit Rüdiger zu erklären. Der nächste Verhandlungstag gegen Rüdiger ist der 26. Januar.

LINDA AUS BREMEN IST RAUS

Am Freitag, den 20. Januar hatte ein Haftprüfungstermin in Hannover nicht zur sofortigen Freilassung Lindas aus der Untersuchungshaft geführt. Auf Einspruch der Verteidigung bei der nächsthöheren Instanz (Oberverwaltungsgericht Hannover) wurde dann jedoch am Montag, den 23. Januar der Haftbefehl außer Vollzug gesetzt und Linda gegen eine Kaution von 10.000 DM (!) freigelassen. Gegen Linda wird am 7. Februar in Hannover weiterverhandelt.

"LEISTUNGSBESCHEIDE" UND KEIN ENDE ...
ZUR RÄUMUNG DES ANTI—ATOM—DORFES BROKDORF

HAMBURG
12. Januar

21 Atomgegner sollen insgesamt 113.067 DM dafür zahlen, daß die Polizei das Anti-Atomdorf in Brokdorf geräumt hat (vgl. ID 203, 204 und 208). Wie's weitergegangen ist, geht aus einem Bericht eines Leistungsbescheidgeschädigten aus Hamburg hervor:

21 Leute sollen der Polizei insgesamt 113.067 Dm dafür zahlen, daß sie unser schönes Anti-Atomdorf Brokdorf geräumt hat.
Dagegen haben wir gemeinsam Widerspruch eingelegt und die Begründung des Widerspruchs (abgedruckt im ID 208) am 10. Dezember bei der Polizei in Itzehoe abgegeben. Weil das keine Privatsache zwischennuns und der Polizei ist, haben wir den Text samt den 21 Aktenzeichen und Unterschriften auf ein Transparent gemalt (so 2x3 m) und es dann, von etwa 700 Leuten begleitet, zur Wache getragen. Dort wurde das Transparent tatsächlich zu den Akten genommen, denn inzwischen haben wir mal wieder Post aus Itzehoe erhalten. Darin wurde uns mitgeteilt, daß die Begründung unseres Widerspruchs "keine Gesichtspunkte erhält, die eine Rücknahme des Leistungsbescheids gegen (uns) rechtfertigen würde." Wir werden weiter aufgefor-

Sollte dies bis zu diesem Zeitpunkt nicht geschehen sein, wird nach Aktenlage darüber entschieden. Mit freundlichen (!) Grüßen (!) ..." (Originalton Polizei Itzehoe)

Aber es gibt noch mehr Post aus Itzehoe: 5 der 21 Betroffenen haben einen Schrieb vom Landrat des Kreises Steinburg (zu dem Brokdorf gehört, Kreisstadt ist Itzehoe) erhalten, in dem uns mitgeteilt wird, daß gegen uns wegen Verstoßes gegen die Landesbauordnung (Bauen ohne Baugenehmigung) ermittelt wird und wir aufgefordert werden, bis zum 2.1.78 dazu Stellugn zu nehmen. (Das unten abgedruckte Schreiben ist keine Satire, es ist tatsächlich den krativen Hirnen Steinburger Bürokraten entsprungen.)
Erstmal haben wir Akteneinsicht in dieser Sache verlangt, da es "Beweismittel (Fotomaterial)" geben soll. Ob wir uns zum Inhalt der Ermittlungen äußern werden, haben wir noch nicht entschieden, das wird auch vom Inhalt der Akten abhängen. Soweit es in unseren Kräften seth, wollen wir vermeiden, uns mit den AKW-Betreibern und ihren Sympathisanten im Landratsamt auf dieser juristischen Ebene auseinanderzusetzen. Deshalb werden wir auf jeden Fall die Einstellung des Verfahrens verlangen.

Wie wir über Journalisten erfahren haben, können Bußgelder bis zu 10.000 DM pro Person verhängt werden, angeblich sollen wir aber wegen der Geringfügigkeit der Sache nur jeweils 200 bis 400 DM Bußgeld zahlen (erzählt erstmal der Landrat den Journalisten), aber dann zusätzlich die Kosten für den Abriß des Dorfes, das sollen 8.000 DM sein. Wie gesagt, daß ist bisher nur die inoffizielle Äußerung des Landratsamtes in Itzehoe.
Eines ist jedenfalls sicher: Wir werden denen keinen Pfennig bezahlen!
(Von diesem Konto sollen ausschließlich Verfahrenskosten und Kosten für die Öffentlichkeitsarbeit bezahlt werden — nicht die Kosten für die Leistungsbescheide selber.)
Von diesem Laden ist auch eine Broschüre: „Das Bewachungslager am AKW-Bauplatz Brokdorf" zu beziehen.

Kontaktadresse:
Michael Haller im Laden Lutterothstr. 33, 2 Hamburg 19, Tel. 040/40 27 82 (AK Ökologie)
Gemeinsames Spendenkonto: Kto.Nr. 11/68 665 Westbank Altona (BLZ 200 300 00), Katz, Oberkampf, Lüthje, "Stichwort Leistungsbescheide!"

INFORMATIONEN ZUM "WELTBUND ZUM SCHUTZ DES LEBENS"

BOCHUM 4. Januar *Im ID 208 hatten wir einen Spendenaufruf zur Unterstützung des Prozesses gegen den Bau des Schnellen Brüters in Kalkar veröffentlicht. Dazu und zu den Unterzeichnern einige Informationen, insbesondere über den "Weltbund zum Schutz des Lebens" (WSL).*

Zunächst etwas erfreuliches: auf das Konto der Interessengemeinschaft Kalkar, Kreissparkasse Kalkar, Kt.Nr. 510 46 33, sind erste Spenden eingegangen. Das heißt aber nicht, daß die Prozeßkosten schon annähernd gedeckt wären. Also greift mal in Eure Taschen, vielleicht ist ja auch noch was vom "Weihnachtsgeld" übrig!?

Weniger erfreulich sind allerdings die folgenden Tatsachen: In dem Aufruf wird die Interessengemeinschaft als Unterorganisation des Weltbundes zum Schutz des Lebens dargestellt. Das ist falsch. Zwar ist die Unterzeichnerin des Aufrufs, Frau Degen, Mitglied in diesem "Weltbund" (WSL), die Interessengemeinschaft hat aber darüber hinaus keine organisatorische Verbindung zum WSL. Welche Personen und politische Kräfte und nicht nur ihr, unbekannt. Deshalb ein paar Informationen zu dieser und anderen mitunterzeichnenden Organisationen:

Auf der letzten Jahreshauptversammlung des WSL im Herbst 1977 in Vlotho an der Weser wurde auch der Hamburger Rechtsanwalt Jürgen R i e g e r - nicht verwechseln, aber bestens bekannt mit dem faschistischen Rechtsanwalt R o e d e r (ID Nr. 207/ Verfassungschutzbericht (!) 1976, S. 35 ff.) - im innigen "Gedankenaustausch" mit führenden WSL-Mitgliedern beobachtet. Rieger ist der frühere Vorsitzende der Gesellschaft für biologische Anthropologie, Eugenik und Verhaltensforschung" in den 60er Jahren hieß, diese Vereinigung allerdings noch "Deutsche Gesellschaft für Erbgesundheitspflege". Zur gesellschaftspolitischen Zielsetzung Riegers das folgende Zitat aus einer seiner Veröffentlichungen: "Appellieren wir an die, die Müdigkeit verabscheuen. Wecken wir die Kräfte unserer Rasse, die unter der genormten Zivilisationsfassade verborgen schlummern. "Die weißen Riesen kommen", dröhnten die Trommeln vor der Kampfgruppe des Oberst Hoare im Kongo. Erweisen wir uns dieses Namens als würdig!" (zit.nach einer Sendung von WDR III, Kritisches Tagebuch vom 25.11.77)

Einer, der als "Insider" rechtzeitig gemerkt hat, wo's lang geht, ist der evangelische Pfarrer Günter Heipp. Er trat bereits vor einigen Jahren als Vorsitzender des Landesverbands Saar des WSL mit dem gesamten Landesverband aus dem "Weltbund" aus. Seine Gründe:"...es wurde immer deutlicher, daß gewisse Querverbindungen da waren und geknüpft wurden zu ausgesprochen undemokratischen und solchen Bewegungen, die ein rechtes, rechtsextremes und neofaschistisches Gedankengut nicht verbergen konnten" (Interview im WDR III, s.o.)

Andere scheinen noch nicht so ganz durchzublicken (oder doch?). So konnte WSL-Präsident Haverbeck, ein ehemaliger Fachhochschullehrer, den verstorbenen Bundespräsidenten Heinemann dazu bringen, im Dezember 1975 die Schirmherrschaft für die Gründung des "Deutschen Rates für Umwelt- und Lebensschutz" zu übernehmen. In dem aus zehn Mitgliedern bestehenden Rat sitzen jetzt neben Haverbeck, der Sprecher des Rates ist, und WSL-Vizepräsident Cohrs (der wirb t in der faschistischen Zeitschrift "Die Bauernschaft" für seine lebensfordernden Pflegemittel für Boden, Pflanze und Tier") so bekannte Exponenten in Sachen Umweltschutz wie CDU-MdB Gruhl und Hans Helmut Wüstenhagen (FDP).

Da der WSL als gemeinnützig anerkannt ist, können der Zentrale in Vlotho auch Zivildienstleistende zugewiesen werden. Und in der "Heimvolkshochschule" Haverbecks, "collegium humanum", im Weserbergland lassen sich sogar Gruppen von JUSOS (sic!) zum Thema "Lebensschutz" schulen.

Daß Vertreter des WSL in der "Arbeitsgemeinschaft für Umweltfragen" in Bonn sitzen, wird da wohl niemand mehr wundern.
Mit dem in dem Spendenaufruf ebenfalls genannten "Bund für Lebensschutz e.V." unterhält der WSL enge Kontakte.

Und die "Essener Aktion gegen Umweltzerstörung" (Vorsitzender: Rechtsanwalt Dr. Werner Filthaut) ist mittlerweile nichts anderes mehr als eine Vereinigung von "Honoratioren", die es ungeachtet der Tatsache, daß die Parteien in immer stärkerem Maß versuchen, die Bürgerinitiativen unter ihre Kontrolle zu bringen, begrüßen, wenn die Parteien (gemeint sind CDU, FDP, SPD) sich das "Anliegen" Umweltschutz "ebenfalls zu eigen gemacht haben" (Filthaut: "Wir sitzen alle in einem Boot";)

So viel zu den Unterzeichnern des Spendenaufrufs. Um Mißverständnissen vorzubeugen: es ist keineswegs so, daß sämtliche Mitglieder dieser ORganisation die Verbindungen zu dem neofaschistischen Klüngel kennen. Viele von ihnen, die die Schnauze davon voll haben, sich vor den Karren irgendeiner Partei spannen zu lassen, sitzen dem Geschwätz der Neofaschisten auf, weil es oft nicht gelingt, ihnen die politische Zielrichtung

Wenn Ihr noch mehr über die dubiosen "Lebensschützer" wissen wollt, schreibt an die "Landesaktion Umweltschutz NRW e.V.", Landesgeschäftsstelle: Einigkeitsstraße 12, 43 Essen 1, Tel. Notruf: 0201/34 62 92, Konten: Stadtsparkasse 290999, PSchA Essen, 10 777-437."

MATERIAL GEGEN AKWs

EINLADUNG ZU EINEM ARBEITSSEMINAR

BOCHUM 24.Januar 78 Während die Atomindustrie und ihre Helfer wie der "Informationskreis Kernenergie" Schulen, Verbände, Gewerkschaften etc. mit Medienmaterial wie Filme, Tonbänder, Unterrichtsmaterialien, Folien überschüttet, gibt es vergleichbare Materialien von AKW-Gegnern kaum oder nur für "insider" zugänglich.
Ziel des Seminars soll die Erstellung bzw. Zusammenfassung von Medienmaterial wie Schaubilder, Folien, Unterrichtsmaterialien, Diaserien sein. Diese Materialien sollen dann massenhaft verbreitet werden zu erträglichen Kosten oder, wenn möglich, kostenlos. Zur Finanzierung müßten wir uns dann noch was einfallen lassen.
Dringende Bitte: Wenn Ihr nicht am Seminar teilnehmen könnt, so schickt uns doch eventuell vorhandenes Material oder Erfahrungen und Anregungen.
Zum Ablauf:
Freitag 10.2.78: Anreise bis 20.00, anschließend Erfahrungsaustausch;
Samstag 11.2.78: 9.00 Erarbeitung des Materials.
Am Sonntag kann es noch weitergehen.
Ort: ESG Bochum im Unicenter, Querenburger Höhe 287 gegenüber der Ruhr-Universität Bochum

ERMITTLUNGSVERFAHREN GEGEN POLIZEIBEAMTEN EINGESTELLT

HAMBURG 23. Januar *Von der Hamburger Rechtsanwältin Petra Rogge erhielten wir folgende Pressemitteilung:*

„Die Staatsanwaltschaft Itzehoe hat das Ermittlungsverfahren gegen Polizeibeamte, die unseren Mandanten Bernd Woitalla bei der Demonstration in Brokdorf im November 1976 lebensgefährlich verletzten, endgültig eingestellt.

Bernd Woitalla war Teilnehmer an der Brokdorf-Demonstration am 13. November 1976. Er wurde von einem Stein, der von dem von der Polizei besetzten Baugelände aus geworfen wurde, am Kopf getroffen. Er erlitt eine Hirnverletzung und eine schwere Störung des Sprachzentrums, die erst nach Jahren behoben sein wird. Bernd Woitalla befindet sich seit mehr als einem Jahr in einer Behandlungsklinik für Hirn- und Nervenverletzte.

Obwohl die Staatsanwaltschaft zwei Augenzeugen gehört hatte, die unabhängig voneinander Ort, Zeit und Richtung des Steinwurfs angeben konnten und Polizeibeamte in Uniform als Täter erkannt hatten, stellte der Generalbundesanwalt das Verfahren mit der Begründung ein, die Täter seien nicht zu ermitteln. Einzelne Polizeibeamte wurden nicht vernommen. Die Staatsanwaltschaft begnügte sich mit den dienstlichen Äußerungen der Zugführer und des Führers der in Brokdorf eingesetzten 5. Hundertschaft der Bereitschaftspolizei, daß sie keine Steinwürfe von Polizeibeamten beobachtet hätten."

Kontakt: Petra Rogge,Osterstr. 120, 2000 Hamburg 19, Tel.: 040 / 49 29 15

KUNST GEGEN ATOMKRAFTWERKE

HAMBURG 23. Januar *Aus Hamburg erreichte uns diese Ankündigung:*

„Liebe Freunde, vom 19.2. bis 19.3.1978 findet in der Hamburger 'Markthalle' die Ausstellung „Kunst gegen Atomkraftwerke" statt. Zu dieser Ausstellung werden wir einen Katalog erstellen, der aber kein Kunstkatalog im herkömmlichen Sinn sein soll. Die Kunst dreht sich hier nicht um sich selbst, sondern nimmt auf der einen Seite Teil an dem Kampf gegen Atomanlagen, aus dem sie andererseits auch entstanden ist. Diese Wechselwirkung soll sich im Katalog widerspiegeln. Deshalb ist es wichtig, daß die verschiedenen Gruppen und Einzelpersonen, die die Ausstellung unterstützen, ihre Ziele, politischen Standorte und ihre konkrete Arbeit darstellen.

Besonders wichtig finden wir, was Ihr gegen die Kriminalisierung und Verfolgung der AKW-Gegner unternehmt. Wir wissen, alle sind gemeint, wenn einzelne AKW-Gegner jetzt zu hohen Gefängnisstrafen verurteilt werden. Wir haben deshalb auch den gesamten Erlös der Ausstellung für die Unterstützung der Prozesse zweckgebunden.

Bitte schreibt uns auch, wenn ihr besondere praktische Mittel mit Erfolg bei eurer Arbeit eingesetzt habt. Der Katalog ist in DIN A4 Ringbuchbindung konzipiert, daß er noch ergänzt werden kann. Euer Beitrag sollte sich auf eine DIN A4 Seite begrenzen (bei Ausnahmen anrufen), für gute praktische Hinweise stellen wir bis zu 2 Seiten zur Verfügung, Illustrationen dazu sind erwünscht. Bitte schickt eure Beiträge bis spätestens 1. Februar 1978 an uns ab.

In Hamburg ist diese Ausstellung umrahmt von einem Aktionsmonat gegen Kernkraftwerke. Sollte bei anderen Ökologie-Gruppen Interesse bestehen, die Ausstellung am eigenen Ort durchzuführen, so sollten sie sich an diese Adresse wenden:
Vorbereitungsgruppe der Ausstellung „Kunst gegen Atomkraftwerke", c/o Klaus Stülpnagel, Hartwig-Hesse-Str. 15, 2000 Hamburg 19, Tel.: 040/491 66 85

NEUE INITIATIVE IN DER WESTDEUTSCHEN SCHWULENBEWEGUNG

OBERHAUSEN 24. Januar Zur Zeit bestehen in der BRD in über 40 Städten schwule Emanzipationsgruppen mit unterschiedlichen Aktivitäten und einem verschiedenen Praxis- und Theorieverständnis. Die Aktionen der Gruppen waren meist nur auf örtlicher Ebene begrenzt. Überregionale Aktionen, abgesehen von dem jährlich stattfindenden Pfingsttreffen und der NARGS (Russell-Tribunal), sind daher die Ausnahme. Dementsprechend ist auch die Resonanz z.B. in den Zeitungen nur auf Lokalebene beschränkt. Unbestritten bieten die städtischen Gruppen auch Vorteile, zumal u.a. die Isolation (Entfernung) der Städte untereinander ein Grund für die bisher nicht erfolgte Kooperation und Koordination von gemeinsamen Aktionen ist. Aber im Rahmen der zunehmenden Diskriminierung von Schwulen kommt der breiten Publizität und den daraus resultierenden gemeinsamen, überörtlichen Aktionen eine bedeutende Rolle zu. Wie könnte die Alternative zu den Ortsgruppen aussehen? Was ich will: eine überregionale, sozialistische Schwulengruppe. Wie sind die Möglichkeiten der Gründung, die Vorteile, die Nachteile usw. einer solchen "Organisation" einzuschätzen? Es soll also nicht die Gründung eines Dachverbandes so wie in der Vergangenheit die DAH oder heute die AHEW diskutiert werden. In diesen Verbänden sind und waren lose verschiedene Einzelgruppen zusammengefaßt, mal mit und mal ohne Konzept. Vielmehr ist an eine Organisation mit flexiblen aber verbindlichen

Statut, Ortszellen in den einzelnen Städten, gemeinsamen Aktionen usw. gedacht. Ein "zentralistischer Kaderapparat" mit "Funktionärshierarchie" schwebt mir nicht vor, sondern die Autonomie der einzelnen Ortsgruppen steht im Vordergrund.
Zur Klärung der aufkommenden Fragen und für die Aufnahme von Vorschlägen zur Realisierung des Projekts bildet sich hiermit ein vorläufiger Arbeitskreis. Wer hat Interesse mitzumachen und wer hat Ideen?
Zuschriften bitte an:
Erwin Gruhn / Rote Schwule Fraktion, Postfach 10 05 43, 43 Oberhausen 1

EINE LINKE UNDOGMATISCHE TAGESZEITUNG MUSS HER !

FRANKFURT, 11. Januar '78 Auch wenn der deutsche Herbst 77 uns nicht mehr auf den Nägeln brennt — Nachrichtensperre und die freiwillige Gleichschaltung sämtlicher Medien im Namen von Recht und Ordnung haben wir nicht vergessen. Spätestens nach den Erfahrungen jener Wochen ist für uns , die undogmatische Linke, eine eigene nationale Tageszeitung notwendig geworden.

Zwar ist die offene Hetze gegen alle abweichenden Ideen und Gedanken — ob in Worten, Bildern oder Texten — mit dem Etikett "Sympathisanten - Sumpf" abgeblasen.Aber die tägliche Konfrontation mit den privaten und staatlichen Medien dieser Republik wird dadurch nicht erträglicher.

Zehn Jahre ist es her, daß mit der Anti-Springer-Kampagne die Medienstrukturen der BRD exepmarisch angegriffen wurden. Eine Tageszeitung der undogmatischen Bewegung(en), jetzt, ist ein Mittel, diesen Angriff wieder aufzunehmen; sie ist ein Instrument, unsere Ideen, Fantasien und unsere Lebensweise auszudrücken, offensiv gegen das 'Modell Deutschland' aufzutreten.

Pläne für das Projekt gibt es längst, massenhafte Bedürfnisse ebenso. In Berlin diskutiert eine Gruppe seit zwei Jahren, in Frankfurt und in anderen Städten der BRD seit dem Herbst 1977. Diese lokalen Initiativen haben sich bislang dreimal getroffen, um das Projekt anzukurbeln und konkret vorzubereiten.
Wir gehen dabei zum Einen aus von den praktischen Erfahrungen, wie sie seit fast 5 Jahren mit dem ID als Baustein für eine Gegenöffentlichkeit gemacht werden; ebenso von der Praxis der Alternativpresse, in der sich unmittelbar Betroffene aus Betrieben, Hochschulen, Gefängnissen, Schulen etc. ihre eigenen Medien als Organisations- und Kommunikationsmittel geschaffen haben. Die Alternativpresse erreicht heute mit ihren rund 60 lokalen Blättern bereits eine Gesamtauflage von 120.000.

Ein anderer Bestandteil des Konzepts ist die Kritik an der ehemals liberalen, heute staatstragenden Presse: diese Kritik soll in die journalistische Arbeit und Berichterstattung der Tageszeitung umgesetzt werden.
Aus diesen beiden Ansätzen soll die Tageszeitung entstehen: mit mehreren Redaktionen in verschiedenen Regionen (Städten) und einem Netz von Korrespondenten(gruppen).
Bei den bisherigen Diskussionen sind wir auf einen ganzen Berg von Schwierigkeiten gestoßen. Aber die sind lösbar. Das zeigen nicht zuletzt die linken Tageszeitungen in Italien und Frankreich (lotta continua und Libération); wobei wir weder übersehen, daß die Bedingungen in diesen Ländern durchaus unterschiedlich sind, noch wollen wir die dortigen Modelle einfach übernehmen. Wir können jedoch von deren Erfahrungen lernen: beide Zeitungen haben uns ihre Unterstützung zugesagt.
Eine erste öffentliche Diskussion über Sinn oder Unsinn, Möglichkeit oder Unmöglichkeit, wünschenswerte Inhalten und Gestaltung einer Tageszeitung soll auf dem Berliner 'Tu-was' (!) -Treffen stattfinden. Im März wird dann eine Broschüre veröffentlicht werden, in der das Projekt konkreter vorgestellt und insbesondere die einzelnen Schritte angegeben werden, die zum Erscheinen einer linken, undogmatischen Tageszeitung führen. Einen passenden Namen suchen wir noch.
Es ist klar, daß das Projekt eine ganze Menge Geld, tausend Ideen und Mitarbeit von vielen Leuten braucht.

Kontaktadresse: (vorläufig): ID, Postfach 900343, 6000 Frankfurt/Main 90, Tel.: 0611 - 702096

INITIATIVE RETTET DIE RUNDFUNKFREIHEIT IM WDR HAT EINEN ERSTEN ERFOLG ERZIELT: FRISTLOSE KÜNDIGUNG DES REDAKTEURS BRUNDIERS IST RECHTSUNWIRKSAM

KÖLN 23. Januar Bereits am 25. April 1977 haben zahlreiche Mitarbeiter des Westdeutschen Rundfunks (WDR) sowie Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens in einer Zeitungsanzeige ihre Besorgnis über die Gefährdung der Rundfunkfreiheit im Zusammenhang mit der Auflösung des Programmbereichs „Kultur" im WDR geäußert. Inzwischen hat sich herausgestellt: die damals geäusserte Besorgnis ist begründet gewesen und sogar noch übertroffen worden.

Vom Programm abgesetzt worden ist die Sendung „Berichte aus dem Hinterland", in der Günter Wallraff über seine Erfahrungen in der Redaktion der Bildzeitung Hannover berichtete. Vom Programm abgesetzt worden ist der Film „Neue Töne" von Yaak Karsunke, nur weil darin in einem Satz nach den Ursachen der Gewalt im Zusammenhang mit der Studentenbewegung gefragt wird. Geplant ist die Umkehrung des Konzepts der Sendereihe „Vor Ort". Konnten in dieser Sendereihe bislang Bürgerinitiativen aus der gesamten Bundesrepublik unmittelbar ihre Forderungen zur Sprache bringen, so sollen im nächsten Jahr die „Vor Ort"-Sendungen um eine Viertelstunde gekürzt, regional auf Nordrhein-Westfalen begrenzt und durch einen Moderator gefiltert werden.

Vom Programm abgesetzt worden ist die „Glashaus"-Sendung „Die wissen doch gar nicht, was bei uns los ist ... — eine nicht repräsentative Kritik am Fernsehen". In dem bereits produzierten Beitrag äußern sich gewerkschaftlich organisierte Druckereiarbeiter kritisch zum Fernsehen. Anschließend erhielt der „Glashaus"-Redakteur Ludwig Brundiers die fristlose Kündigung. Begründung: Er hatte sich in einem vom Fernsehdirektor Heinz Werner Hübner genehmigten Interview mit dem Südwestfunk zu den Hintergründen dieses Falles von Zensur geäußert.

Die angeführten Beispiele für abgesetzte Sendungen und die Kündigung des engagierten Journalisten und Gewerkschafters Ludwig Brundiers beweisen,
— auch beim WDR soll das Programm nicht mehr im Interesse der Fernsehzuschauer gemacht werden,
— Mitarbeiter des Westdeutschen Rundfunks, die sich dagegen zur Wehr setzen, werden eingeschüchtert.

In diesem Zusammenhang hat sich eine „Initiative rettet die Rundfunkfreiheit im WDR" gebildet. Weiteres Informationsmaterial ist dort zu beziehen. Ihre Anschrift:

c/o Rechtsanwalt Sigurd Asper
Brüsselerstr. 86, 5000 Köln 1

Inzwischen ist die fristlose Kündigung von Ludwig Brundiers vom Arbeitsgericht aufgehoben worden. Hierzu erhielten wir von der Rundfunk-Fernseh-Film-Union folgende Pressemitteilung:

„Die neunte Kammer des Arbeitsgerichts Köln hat am 18. Januar 1978 durch Urteil festgestellt, daß die vom WDR gegen Ludwig Brundiers ausgesprochene fristlose Kündigung rechtsunwirksam ist. Für das Arbeitsgericht war der Sachverhalt so eindeutig, daß auf eine Beweisaufnahme (die Anhörung von Zeugen) verzichtet wurde.

Auf der Redakteursversammlung am 29. November 1977 versicherte der Intendant, der WDR beabsichtige nicht, den Instanzenweg zu beschreiten, wenn er vor dem Arbeitsgericht in erster Instanz unterliegen sollte. Er bekräftigte dies auf der Personalversammlung am 8. Dezember 1977, indem er erklärte, der WDR müsse für eine „Reintegration" von Ludwig Brundiers Sorge tragen.

Die RFFU erwartet, daß sich der WDR nunmehr dem eindeutigen Gerichtsurteil unterwirft und gegenüber Ludwig Brundiers seinen vertraglichen Verpflichtungen nachkommt."

Rundfunk–Fernseh-Film-Union im DGB, Verband Westdeutscher Rundfunk, Geschäftsstelle, Appellhofplatz Haus Forum, 5000 Köln 1, Tel. 220 20 08

DIE "WAT LÖPPT" ERSCHEINT NICHT MEHR

WUPPERTAL 24. Januar — *In einem Brief an die Abonnenten erläutert die ehemalige "Wat Löppt"-Redaktion, warum sie die Weiterarbeit an der Zeitung einstellt:*

Liebe Abonnenten!

Leider müssen wir Euch mitteilen, daß endgültig keine WAT LÖPPT mehr erscheinen wird. Die Gründe dafür sind in den letzten Nummern (bs. in dem Extrablatt) genannt worden:

ZIEL SETZUNGEN:

Ohne eine kontinuierliche Mitarbeit der Wuppertaler Initiativgruppen konnte WAT LÖPPT den Anspruch - Sprachrohr der Wuppertaler Bürgerinitiative zu werden - nicht erfüllen. Wir vermißten die Resonanz unserer Leser, die eigentlich Inhalt und Form des Blattes mitbestimmen sollten - daher auch 2 Jahre lang öffentliche Redaktionssitzungen. Das Volksblatt entwickelte sich zum 'Scene-Blatt".

FINANZIELLE PROBLEME

Da wir uns zu viel mit der inhaltlichen Arbeit beschäftigten, war die finanzielle Basis nicht mehr ausreichend gesichert. Es fehlte an Zeit und Kraft, die Zeitung im Straßenverkauf "unter's Volk" zu bringen. Die Verkaufszahlen gingen zurück. Unsere anfängliche Einstellung hieß: die Zeitung durch Verkauf und nicht durch Anzeigen zu finanzieren. Das mußten wir aufgeben, aber unser Geschäftssinn blieb unterentwickelt.. (...)

Die Redaktion löst sich in der nächsten Woche auf, die Redaktionsräume werden gekündigt. Zurück bleiben bei uns Redakteuren die Enttäuschung über ein gescheitertes Projekt und Schulden, die durch den Prozeß entstanden sind (DM 2.300). Daher bitten wir um Euer Verständnis und Eure Unterstützung. Wir sind nicht in der Lage, Geld an Euch zurückzuzahlen.

Kontakt: WAT LÖPPT, Luisenstr. 100, 56 Wuppertal

EIN RICHTER ENTZIEHT DEM KÖLNER VOLKSBLATT DAS RECHT AUF PROZESSBERICHTERSTATTUNG

KÖLN 23. Januar — *Von der Redaktion des Kölner Volksblatts erhielten wir diese Presseerklärung.*

Zu Beginn des zweiten Prozesses über die Vorkommnisse bei der Räumung des von friedlichen Demonstranten besetzten Bauplatzes der Stadtautobahn, kam es zu einem schweren Eingriff in die Pressefreiheit. Betroffen ist das Kölner VolksBlatt und die gesamte freie Presse. Richter Welsch forderte zu Beginn der Sitzung die Vertreter der Presse auf, sich auszuweisen. Als er bemerkte, daß auch ein Vertreter des Kölner VolksBlattes anwesend war, zog Richter Welsch einen Artikel aus der Novemberausgabe des Kölner VolksBlattes hervor, mit der Frage wer diesen Artikel geschrieben habe. (Dieser Artikel steht nicht im Zusammenhang mit den hier verhandelten Vorkommnissen). Es kam zu einer Auseinandersetzung zwischen der Rechtsanwältin Fischer und Richter Welsch. In deren Verlauf wies die Rechtsanwältin auf die Unrechtmäßigkeit eines solchen Vorgehns gegen die Presse hin. Richter Welsch ließ sich auf keine Diskussion ein und ließ das Protokoll aufsetzen, er sehe sich durch besagten Artikel beleidigt und diffamiert, und deswegen könne er die Anwesenheit eines Vertreters des VolksBlattes nicht dulden. Richter Welsch versuchte noch des öfteren, dem Redakteur die Preisgabe des Namens des Verfassers abzuringen, was dieser jedoch ablehnte.

Diese Tat wertet das Kölner VolksBlatt als einen Angriff auf die Rechtsstaatlichkeit in der BRD. Die Redaktion wendet sich gegen diesen Tritt in die freiheitlich-demokratische Grundordnung. Sollten solche Beispiele Schule machen, wäre eine freie Berichterstattung nicht mehr möglich. Berichte über Justiz und Presse müßten zur Genehmigung vorgelegt werden. Andernfalls das Recht auf Meinungs- und Pressefreiheit verwirkt sei.

Der Artikel, der den Richter Welsch so beleidigt hat, behandelte einen Tag in seinem Leben und wurde im November 1977 im Kölner VolksBlatt veröffentlicht. Ein Zuschauer bei einer Gerichtsveranstaltung, in der der Richter Welsch den Vorsitz hatte, schilderte seinen Eindruck von der Veranstaltung.

Kontakt: Kölner VolksBlatt, Palmstraße 17, 5000 Köln, Tel.: 0221/ 21 36 85

ZEUGENPRÄPARIEREN BEI DER HAMBURGER POLIZEI

HAMBURG 25.Januar 78 — In einem Berufungsverfahren vor der Großen Strafkammer 14 des Landgerichts Hamburg hat am 20.1.1978 der Polizeibeamte St. ausgesagt:

Seit April 1977 "betreue" er Polizeibeamte, die als Zeugen in bestimmten Strafprozessen auftreten müssen. Dies geschehe auf der Grundlage einer polizeiinternen Anweisung und werde zentral von der Rechtsabteilung der Hamburger Polizei organisiert und durchgeführt. Die Anweisung betreffe zwei Arten von Strafprozessen:

1. Verfahren, die vermutlich eine Resonanz in der Öffentlichkeit haben würden;
2. Verfahren, die in irgendeiner Form einen politischen Hintergrund haben.

Den Polizeizeugen, so der Beamte St., solle in schwierigen Situationen geholfen werden. Die Dienststellen der Zeugen würden die Ladungen des Gerichts an ihn schicken, er spreche dann mit den Zeugen einen Termin ab, beschaffe sich die Anzeigen, die die Strafverfahren in Gang gesetzt haben ("damit man weiß, worüber man spricht"), und "stehe den Zeugen in einem Gespräch zur Verfügung". Was im einzelnen besprochen werde und auch in diesem Prozeß erörtert wurde, wollte der Beamte St. nicht sagen: "So weit geht meine Aussagegehmigung nicht". Die Frage nach der konkreten Schranke seiner Genehmigung bei der Aufklärung dessen, was er mit den Zeugen besprochen hatte, beantwortete er mit dem Hinweis auf "kriminal- und

polizeitaktischen Grundsätzen". Er wird gewußt haben, warum er nicht mehr preisgeben durfte.
Auch die Polizeiführung der Hansestadt wird wissen, warum sie es seit Anfang 1977 für erforderlich hält, Auftreten und Aussagen von Polizeizeugen in unbestimmt definierten Strafprozessen vorzubereiten, zu betreuen und den Inhalt dieser Praxis als "Polizeitaktik" zu bezeichnen und daher auch zu verheimlichen wollen. Weder das Landgericht noch der Staatsanwalt machten den Eindruck, als sei ihnen diese Praxis bekannt.
Ich halte diese polizeiinterne Anweisung und ihre Praktizierung durch eine eigens zu diesem Zweck geschaffene Planstelle für eine unerhörte Einflußnahme der Polizeiführung auf Charakter und Ausgang von Strafprozessen und die öffentliche Meinung zu diesen Prozessen. Häufig sind die einzigen Beweismittel der Anklage die Aussagen von Polizeibeamten. Mit der Anweisung hat sich die Polizei eine "rechtliche" Grundlage geschaffen, vor allem politische Prozesse manipulieren zu können. Die Polizeizeugen dürften weniger eine Hilfestellung als massiven Druck bei diesen Besprechungen erfahren. Ich werde versuchen, die Rechtswidrigkeit der Anweisung im Verwaltungsgerichtsverfahren feststellen zu lassen, wenn sie nicht durch öffentlichen und justizamtlichen Protest in kürzester Frist beseitigt sein sollte.
Uwe Maeffert, Rechtsanwalt



GEFANGENENSELBSTINITIATIVE HAMBURG

HAMBURG 6. Januar — *Von der Gefangenenselbstinitiative Hamburg erhielten wir eine Selbstdarstellung, die wir etwas gekürzt wiedergeben wollen:*

Die Gefangenenselbstinitiative wurde 1976 von Gefangenen ins Leben gerufen. Anhand einer umfangreichen Korrespondenz entwickelten sie eine knastinterne Gemeinschaft, die durch inzwischen stattgefundene Entlassungen und weitere Kontakte außerhalb des Knastes auch dort Fuß gefaßt hat. Als organisatorischer Rahmen dient heute der Verein GSI, der am 18. Oktober 1977 gegründet wurde.

Wir organisieren Veranstaltungen mit dem Thema Knast und geben Dokumentationen „Humaner Strafvollzug oder Zuchthaus" und „ Wer einmal aus dem Blechnapf frißt". Letztere berichtet über die Folgen eines Mäusefundes im Essen der Jugendanstalt Hamburg-Vierlande und die Entlassung von vier Sozialarbeitern. Durch Bücherspenden von Gefangenen und Leuten außerhalb der Knäste richten wir eine Büchertauschzentrale ein, aus der sich die Gefangenen kostenlos mit Büchern ihrer eigenen Wahl verpflegen können, was alleine schon deshalb wichtig ist, da die Büchereien der Knäste total veraltet sind.

Unser Fernziel ist die Abschaffung des Knastes. Als Alternative zum Knast setzen wir den Aufbau von Wohngemeinschaften und Kollektiven, in denen Gefangene die Aufhebung ihrer Isolation in der Gesellschaft erfahren und lernen gemeinsam und in gegenseitiger Verantwortung zu leben. Infolge der Tatsache, daß 90 % der Gefangenen aus sozial unterprivilegierten Schichten kommen, ist es auch notwendig, Privilegien zu bekämpfen und an ihre Stelle die Menschlichkeit zu setzen.

Die GSI erhält keinerlei öffentliche Unterstützung. Wir finanzieren uns von Mitgliederbeiträgen und Spenden, welche einfach noch zu gering sind um unseren Aktionsrahmen auszuweiten. Mitarbeiten kann jeder, der an dieser Arbeit interessiert ist, Energie genug besitzt um dem Behördenterror Widerstand entgegenzusetzen und der die Ziele der GSI für richtig hält.

Weitere Informationen sind zu erhalten bei:
Gefangenenselbstinitiative e.V., Max-Brauer-Allee 225, 2000 Hamburg 50, Tel.: 040/43 32 96, täglich geöffnet von 17.oo – 20.oo Uhr.

GEFANGENENGRUPPE NÜRNBERG

NÜRNBERG 22. Dezember 1977 — *Von der Gefangenengruppe Nürnberg erhielten wir die folgende kurze Selbstdarstellung:*

„Die Gefangenengruppe ist eine autonome Vereinigung von Gefangenen, ehemaligen Gefangenen und Leuten von 'draußen'. Sie ist keine Organisation mit festgelegten Statuten und kein Zirkel, der sich einmal in der Woche trifft, um ohnmächtige Prinzipiendiskussionen zu führen.

Allerdings hat die Gefangenengruppe ein Konzept für ihre Arbeit. Als Anarchisten lehnen wir die reaktionäre Trennung in politische und gewöhnliche Gefangene als arrogante Spaltung der Gefängnisbewegung und der proletarischen Klasse ab. Unsere praktische Tätigkeit konzentriert sich auf drei sich ergänzende Bereiche:

– Öffentlichkeitsarbeit
  Information über die Gefängnisse und Lager, Flugblätter, Veranstaltungen, Dokumentationen, Presseerklärungen.
– Juristische Intervention
  durch Eingaben, Beschwerden, Strafanzeigen gegen die Beamten und Leitungen der Zuchthäuser und Lager.
– Verbindung mit und zwischen den Gefängnissen und Lagern
  durch Briefe, Besuche und sonstige 'Betreuung'.

Wer Kontakte zu bayrischen Gefängnissen, Heimen oder psychiatrischen Haftanstalten hat, schicke Kopien der Briefe oder eben die Informationen oder mindestens Namen und Adressen der Gefangenen an uns. Wer Bücher hat, die er nicht mehr braucht, soll sie uns schicken. Wer Angehörige oder Freunde hat, die in einem Gefängnis oder Lager sitzen, soll bei uns vorbeikommen. Wer Geld hat, soll spenden!!

Freiheit für alle proletarischen Gefangenen!"

Kontakt:
Gefangenengruppe, Humboldtstraße 88, 8500 Nürnberg
Telefon 44 46 24

KEINE VERJÄHRUNG FÜR NS-MÖRDER 1979

HAMBURG 13. Januar — *Aus Hamburg erhielten wir einen Aufruf gegen die Verjährung von NS-Verbrechen im Jahre 1979. In der Öffentlichkeit läuft über die Frage der Verjährung noch recht wenig, deshalb der Aufruf, den wir im nachfolgenden auszugsweise veröffentlichen:*

„Am 31. Dezember 1979 sollen nach dem Willen der Bundesregierung alle Mordtaten, die vor 1945 begangen wurden, verjähren. Es können nach diesem Zeitpunkt dann keine neuen Ermittlungen mehr eingeleitet werden. Damit würde die Tätigkeit der Zentralen Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg, die 1958 in der Bundesrepublik zur systematischen Aufklärung und Strafverfolgung umfangreicher Komplexe nationalsozialistischer Tötungsverbrechen gebildet worden war, zu Ende gehen.

Der Versuch der Bundesregierung, einen „Schlußstrich unter die Geschichte" zu setzen ist nicht der erste: Nach dem deutschen Strafgesetzbuch wären alle vor dem 8. Mai 1945 begangenen Verbrechen, d.h. bei Totschlag 1960, bei Mord 1965 verjährt. Die erste Verjährungsfrist trat 1960 auch in Kraft, womit bereits der ersten großen Gruppe von Nazi-Verbrechern die Freiheit zugesichert wurde. Die Verjährung von Mord zu diesem Zeitpunkt konnte durch breiten Protest vor

allem aus dem Ausland verhindert werden. Somit sollte Mord erst 1979 verjähren, allerdings wurde eine Differenzierung unter den NS-Tätern vorgenommen, nach der nur noch sogenannte „Exzeßtäter" verfolgt wurden (§ 50, 2 StGB), während Nazi-Mörder höchsten Ranges, z.B. aus dem Reichsicherheitshauptamt, nicht mehr belangt wurden."

Unterstützungsausschuß „Arbeiterkampf gegen Rosenbaum", c/o H. Theiss, Methfesselstr. 41, 2000 Hamburg 19.

ANTWORT AUF DIE FRAGE AUS ID NR' 213: WAS IST DER UNTERSCHIED ZWISCHEN "SENDER GLEIWITZ" UND SARAJEWO?

In beiden Orten wurde ein Weltkrieg ausgelöst, in Sarajewo 1914 der erste Weltkrieg (jedem Schulkind bekannt). Weniger bekannt sind die Ereignisse vom August 1939. Wir drucken hier deswegen einen Auszug aus der "Frankfurter Zeitung", 1. 9. 1939, S. 1:

"Polnischer Überfall auf den Sender Gleiwitz
Polnische Aufständische haben die deutsche Grenze überschritten, Kämpfe mit der deutschen Polizei
Breslau, 31. August 1939 (DNB)
Etwa um 20 Uhr am Donnerstag wurde der Sender Gleiwitz durch einen polnischen Überfall besetzt. Die Polen drangen mit Gewalt in den Senderaum ein. Es gelang ihnen, einen polnischen Aufruf in polnischer und zum Teil in deutscher Sprache zu verlesen. Sie wurden aber schon nach wenigen Minuten von der Polizei überwältigt, die von Gleiwitzer Rundfunkhörern alarmiert worden war. Die Polizei mußte von der Waffe Gebrauch machen, wobei es auf Seiten der Eindringlinge Tote gegeben hat.
In einer späteren Meldung über die Vorgänge in Gleiwitz wird folgendes mitgeteilt:
der bereits gemeldete Überfall auf den Sender Gleiwitz war offensichtlich das Signal zu einem allgemeinen Angriff polnischer Freischärler auf deutsches Gebiet. Etwa zur gleichen Zeit haben polnische Aufständische, wie bisher festgestellt werden konnte, an zwei weiteren Stellen die deutsche Grenze überschritten. Es handelt sich wieder um schwerbewaffnete Abteilungen, die anscheinend von regulären polnischen Truppenteilen unterstützt werden. Abteilungen der im Grenzdienst stehenden Sicherheitspolizei haben sich den Eindringlingen entgegengestellt. Die heftigen Kampfhandlungen dauern noch an".

2.9.39
"Gewalt gegen Gewalt"
"Seit 5 Uhr 45 wird zurückgeschossen"

Sender Gleiwitz war aber nicht, wie Sarajewo, echt. Die Toten unter den "Eindringlingen" waren deutsche KZ—Häftlinge, die man zu dem Zweck in polnische Uniformen gesteckt hatte.

Max Watts

Anmerkung der Redaktion:
In Gleiwitz wurde ein fingierter Vorfall zum Vorwand genommen, einen ohnehin geplanten Krieg zu eröffnen. In Stammheim deutet vieles darauf hin, daß die staatliche Selbstmordthese auch als Vorwand dienen soll. Unklar bleibt, als Vorwand wofür.
Man beharrt staatlicherseits auf lückenhaften und widersprüchlichen Darstellungen, die als Wahrheiten verkauft werden. Die offizielle Darstellung vom Überfall auf Gleiwitz wurde auch lange Zeit als einzige zugelassene Wahrheit verkauft.

"...WIRD WEGEN TENDENZIÖSER BERICHTERSTATTUNG VORENTHALTEN"

Zur Zensurpraxis in BRD-Gefängnissen

BERLIN
23. Januar

Wer im Gefängnis sitzt, befindet sich in einem besonderen Gewaltverhältnis. Er muß für 50 pfg/Stunde für den Staat arbeiten, darf nicht jedem einen Brief schreiben, und darf auch nicht alles lesen was er will.
So z.B. auch den ID oder das "Blatt" nicht immer. Meist sind diese "Anhaltebeschlüsse" recht lapidar. Gefährdet Sicherheit und Ordnung, tendenziös, negativ verzerrt sind die ewigen Formeln. So ragt die Fleißarbeit (4 Seiten) des Kammerrichters Bräutigam, Berlin, besonders hervor. Wir zitieren:

"Im übrigen enthalten die zu I. genannten Druckschriften unsachliche und agitatorische Angriffe gegen die Rechststaatlichkeit der BRD sowie grobe Beschimpfungen und Beleidigungen von Polizei, Strafverfolgungsorganen und Strafvollzugsbehörden. So ist im Heft 106 der Stadtzeitung für München auf Seite 5 die Rede von "Bullen", die mit einem "Trick" jemanden "zum Zeugen in einer Ermittlungssache" machen, um jemanden "zu Aussagen zu zwingen". "Polizei und Staatsanwälte" versuchten häufig, "einen über die Rechtslage zu verwirren oder zu täuschen". Der Kontaktbereichsbeamte (S. 7) wird "im Keim" mit den Blockwarten im NS-System verglichen, die Spitzel- und Überwachungsfunktionen hatten.
Im Heft 107 der Stadtzeitung für München wird auf Seite 7 ein Gedicht von Peter Paul Zahl abgedruckt, das den Eindruck vermittelt, die durch Selbstmord aus dem Leben geschiedenen Mitglieder der "RAF (Rote Armee Fraktion)" Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Carl Raspe seien von Vollzugsbediensteten ermordet worden. Im "Info-Dienst" Nr. 200 sind auf Seite 5 Erklärungen abgedruckt, mit der die Selbstmorde der in der Vollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim einsitzenden Angehörigen der RAF Andreas Baader, Gudrun Ensslin und Jan Carl Raspe angezweifelt werden. Auf Seite 10 wird über "Zwangsarbeit im Knast" berichtet und "zum Widerstand" aufgerufen.

Im "Info-Dienst" Nr. 201 beschäftigen sich ebenfalls mehrere Beiträge (S. 4 - 6) mit dem Thema der Selbstmorde in der Vollzugsanstalt Stuttgart-Stammheim. Durch alle Erklärungen soll der Eindruck vermittelt werden, die Häftlinge seien ermordet worden. Auf Seite 13/14/17/18 wird eine namentlich nicht unterzeichnete Erklärung des Prozeßbüros Berlin abgedruckt, mit der behauptet wird, gegen die "politischen Gefangenen" der RAF und der Bewegung 2. Juni werde "Willkür praktiziert". Am Schluß heißt es schließlich "dann kann man sicher immer noch Attentate befürworten - man hat aber vermutlich keine Chance mehr, selbst den Tod von Gefangenen zu verhindern" -.
Eine Aushändigung derartiger Druckerzeugnisse an einen Beschuldigten, dem die Unterstützung einer terroristischen Vereinigung vorgeworfen wird, ist geeignet, bei ihm Aggressionen gegen Vollzugsbeamte zu erzeugen, bzw. schon vorhandene noch zu verstärken und damit die Ordnung in der Anstalt zu gefährden, § 119 Abs. 3 StPO.

Der unsachlich und agitatorische Inhalt der zu I. genannten Druckschriften hat auch bereits in anderen Verfahren nicht nur zu Beanstandung einer größeren Anzahl von aufeinanderfolgenden Heften dieser periodisch erscheinenden Druckschriften, sondern bereits zum künftigen allgemeinen Ausschluß dieser Zeitschriften von der Aushändigung an die Beschuldigten jener Verfahren geführt. ...
Bei beiden Druckerzeugnissen ("Blatt" und ID) ist die Annahme gerechtfertigt, daß auch ihre künftigen Ausgaben ke-

ne andere Zielrichtung verfolgen werden. Sie sind deshalb künftig generell wegen Gefährdung der Anstaltsordnung dem Beschuldigten vorzuenthalten. Eine Einzelkontrolle jeder Nummer ist solange überflüssig und entbehrlich, als für eine Änderung des redaktionellen Konzepts der beiden Druckerzeugnisse keine konkreten Anhaltspunkte vorliegen.



GRÜNDE:
Am 12. Januar 1978 ging bei der Arzneifirma Asta in Bielefeld eine in Mannheim aufgegebene Paketsendung ein, die eine Vielzahl von Exemplaren einer Zeitschrift mit der Überschrift „Revolutionärer Zorn, Ausgabe Januar 1978" enthielt. Die Paketsendung wurde von der Post versehentlich bei der Firma Asta abgeliefert. Adressat ist offensichtlich der AStA der Universität Bielefeld.

In der Zeitschrift wird an mehreren Stellen dazu aufgerufen, viele revolutionäre Zellen zu schaffen. In einzelnen Artikeln wird auf mehrer Sprengstoff- und Brandanschläge hingewiesen, zu denen sich jeweils Gruppen mit dem Namen „Revolutionäre Zelle" bekannt haben. Die Zeitschrift versteht sich als Diskussionsforum der unter dem Namen „Revolutionäre Zelle" agierenden Gruppen. Mit ihr werden daher terroristische Vereinigungen unterstützt oder für solche Vereinigungen geworben. In den einzelnen Beiträgen werden Straftaten befürwortet."

Vom 'anderen Buchladen' kommt diese Mitteilung:

„Am Montag, dem 16. Januar, gegen 11.20 Uhr besuchte Herr Schmidt in offizieller Funktion den 'anderen Buchladen' in Köln. Er suchte die Zeitschrift Revolutionärer Zorn vom Januar 1978. Herr Schmidt und seine Begleiter fanden, was sie suchten, kauften noch einen Informationsdienst und eine Stadtrevue — damit sie nicht ganz umsonst gekommen wären — dazu und glitten wieder aus dem Buchladen. Zurück ließen sie ein Zettelchen, auf dem steht:

103 (in Worten einhundertdrei) Exemplare
Revolutionärer Zorn
Ausgabe Januar 1978
am 16. Januar 1978 beschlagnahmt.
Schmidt (Schmidt)
Grund: Beschluß GBA 1 BJS 11)78

Übrigens: eine Zensur findet nicht statt."

Wer mit dieser Angelegenheit ebenfalls konfrontiert wurde, wende sich an das Buchladenkollektiv: **Der andere Buchladen, Zülpicher Straße 197, 5000 Köln 41, Tel.: 0221/42 02 14**

JANUAR-AUSGABE DES „REVOLUTIONÄREN ZORN" BESCHLAGNAHMT

KÖLN 23. Januar *Am Montag, den 16.1.1978, beschlagnahmten drei Beamte des 14. politischen Kommissariats der Kölner Polizei im anderen Buchladen in Köln 103 Exemplare der Zeitschrift Revolutionärer Zorn, Ausgabe Januar 1978. Bundesrichter Kuhn geht noch weiter. Am 14. Januar verfügt er*

„die Beschlagnahme sämtlicher Paketsendungen auf der Post mit folgendem Aussehen:
Paketgröße: DIN A4 Format, ca. 5,5 cm hoch, eingewickelt in braunem Packpapier, die Kanten sind mit breitem braunen, glatten Klebeband verklebt,
Aufgabeort Mannheim,
Absenderangaben:
a. A. Derol, Postfach 194, 68 Mannheim, oder
b. Karl Rath, Postfach 102, 68 Mannheim,
oder Pakete mit ähnlichem Aussehen, die an folgende Buchhandlungen adressiert sind:

Politischer Buchladen,
Im Westenfeld 2, 4630 Bochum

Info HuG — Schwarzmarkt
Bundesstr. 9, 2000 Hamburg 9

Aktion — Politischer Buchladen
Nauklerstr. 20, 7400 Tübingen

Buchladen,
Unter den Eichen, 1000 Berlin-Dahlem

Buchladen J. Burkhard
Marstallstr. 11a, 6900 Heidelberg

Basis Buchladen
Adalbertstr. 41b, 8000 München 22

Buchladen
Savignyplatz 5, 1000 Berlin 12

Der andere Buchladen
Zülpicher Str. 197, 5000 Köln

AStA,
Uni Saarbrücken

Der Buchladen,
Johannisstraße 3, 6600 Saarbrücken.

Die Befugnis zum Empfang und zur Öffnung der Postsendungen wird auf den Generalbundesanwalt beim Bundesgerichtshof übertragen.

ROOS/SCHULZ — EIN GANZ NORMALER MORDPROZESS

FRANKFURT, 24. Januar '78 *Ein weiterer Bericht aus dem Frankfurt-Preungesheimer Gefängnis. In der sog. mehrzweckhalle, die sonntags als Gefängniskapelle dient, geht der Prozeß gegen Johannes Roos und Detlef Schulz stetig weiter:*

"3. Verhandlungstag, 20. Januar:

Johannes stellt klar, daß die Berichterstatter einiger Zeitungen etwas mißverstanden haben müssen. Er provoziere nicht selbst die nächtlichen Kontrollen, indem er das Guckloch verklebe und die Neonröhre in der Zelle ausdrehe. Er wolle lediglich, daß die Kontrollen von den Beamten laut Dienstvorschrift ins Kontrollbuch eingetragen werden. Das geschehe aber nur, wenn sie die Tür öffneten — seines Wissens aber nicht beim Lichteinschalten. Da beides für ihn den gleichen Effekt habe, nämlich daß er aufwache, sei er wenigstens an einer nachprüfbaren Notiz interessiert. Dazu zwinge er die Beamten durch das "Ausdrehen der Funzel".

Richter Spahn ist ganz väterlich. "Aber ich habe gehört, daß Sie jetzt nicht mehr geweckt werden, Herr Roos. Und ihre eigenen Sachen dürfen Sie ja demnächst auch tragen", bemerkt er milde lächelnd.

WIR WOLLEN IN UNSER
JUGENDHAUS!
UND ENDLICH AUS
DEN KNEIPEN-RAUS!

Jugendliche in der kleinen 2-Zimmerwohnung



Kinder
n den
ndstein

FRANKFURT

Hochhausgetto 'Frankfurter Berg', ohne Jugendhaus und sonstige Einrichtungen für Kinder und Erwachsene.
Jugendhausersatz: eine Zwei-Zimmer-Wohnung, die zur Hälfte Büro ist.
Gegen diesen Zustand haben die Jugenlichen und die Sozialarbeiter jetzt etwas unternommen.
Im Rahmen einer Demonstration durch das Viertel wurde am seit langen geplanten Bauplatz des Jugendhauses symbolisch unter Anwesenheit von 'OB Wallmann und Sozialdezernetnt Berg' von den Kindern der Grundstein gelegt.
Um den Forderungen zusätzlich Nachdruck zu verleihen, stehen die Sozialarbeiter seit andert-halb Wochen im Streik (siehe auch Artikel „Eine erfreuliche Aktion für Jugendhaus").



Oberbürgermeister Wallmann und Sozialdezernent Berg freuen sich auf die Grundsteinlegung.

Rechtsanwalt Koch stellt im Namen von Johannes Roos den Antrag, das Gericht samt Zusatzrichtern als befangen zu erklären (Zusatzrichter nehmen an der Verhandlung teil und können einspringen, wenn ein Richter ausfällt). Das Gericht könne nicht mehr objektiv urteilen, wenn es durch die Preungesheimer Sicherheitsmühle gegangen sei, ist eine der Begründungen. Koch zitiert außerdem Äußerungen von Richter Spahn am ersten Verhandlungstag. Spahn sagte seinerzeit zu den Weckaktionen gegen Johannes, auch er habe schlecht geschlafen. Bei der Feststellung, daß dies unter bürgerlich erzogenen Leuten schlechterdings taktlos zu nennen sei, weil sich die Schlaflosigkeit ja wohl unter extrem unterschiedlichen Bedingungen abgespielt habe, wird Spahn unübersehbar kleiner und kriecht förmlich in seiner Robe zusammen.

Oberstaatsanwalt Waldschmidt protestiert gegen den Befangenheitsantrag. Er verkündet, daß ihm die Worte fehlen. Sagt aber trotzdem, der Antrag habe "ein schreckliches Bild von der BRD gemalt", in dem die "Richter von der Polizei abhängig" gehalten würden. Davon war allerdings während des ca. 45 Minuten dauernden Vortrags von Rechtsanwalt Koch nicht die Rede.

Spahn warnt eindringlich vor "Störungen von außen". Die Sicherheitsvorkehrungen seien notwendig, denn so ungefährlich seien die Angeklagten ja nicht. Zu diesem Schluß kommt Waldschmidt, indem er einen Antrag des ehemaligen Verteidigers von Detlef Schulz, Newerla, zitiert. Newerla habe seinerzeit beantragt, Detlef Schulz nach Stammheim zu verlegen, "weil er Mitglied der RAF sei.:"

Darauf gibt es ein Wortgeplänkel zwischen den Verteidigern von Detlef und der Staatsanwaltschaft. Tatsächlich sagt jener falsch zitierte Antrag, daß Schulz die gleichen Haftbedingungen verlangt wie die "anderen" Gefangenen der RAF. Waldschmidt: "Ja, wenn es da heißt, wie die übrigen, äh anderen, schließe ich daraus, daß Herr Schulz auch zur RAF gehört."

Nach der Beratung unterbricht das Gericht die Verhandlung bis zum 25. Januar, und verschiebt sie dann noch einmal bis zum 27. Januar, 9 Uhr, da die 3. Strafkammer des Landgerichts Darmstadt über den Befangenheitsantrag entscheiden muß

Kontakt über ID, Tel.: 0611/704352.

NEUES BERUFSVERBOT

GIESSEN 10. Januar — *Vom Asta der Justus Liebig Universität Gießen bekamen wir folgende Presseerklärung zugeschickt:*

Der Regierungspräsident in Kassel hat im Einvernehmen mit dem hessischen Kultusminister die Bewerbung des Lehramtskandidaten Hans Roth auf eine Planstelle im hess. Schuldienst nach 2 1/2 jähriger Dauer des Bewerbungsverfahrens abgelehnt.

Dies teilte der Rechtsanwalt Roths, Peter Becker aus Marburg, mit. Der Fall Roth war bekanntgeworden, weil er die Vorlage von Akten des Hess. Verfassungsschutzamtes verlangte, womit er in erster Instanz beim Verwaltungsgericht Kassel auch Erfolg hatte. Zur Zeit ist in dieser Sache beim Bundesverfassungsgericht eine Verfassungsbeschwerde anhängig.

In seiner Ablehnungsbegründung spricht der Regierungspräsident Hans Roth die beamtenrechtlich nötige Eignung deswegen ab, weil ihm "ein Mindestmaß an positiver Grundhaltung gegenüber dem künftigen Dienstherrn" fehle, worin letzlich ein "nicht zu billigendes Rollenverständnis als Lehrer und Erzieher" zum Ausdruck komme.

Diese Ablehnung hat, so der Anwalt Roths, sehr überrascht. Der Regierungspräsident habe nämlich im Verfahrensverlauf die beamtenrechtliche Eignungs Roths im Hinblick auf seine Staatsexamina und die einzelnen Beurteilungen während der Ausbildung mehrfach bejaht und außerdem nach einem politischen Überprüfungsverfahren ausdrücklich erklärt, daß Zweifel an der Verfassungstreue Roths nicht beständen. Daraus ergebe sich ein einziger möglicher Schluß: Das Rollenverständnis Roths als Lehrer und Erzieher, das jahrelang Leitbild der hessischen Bildungspolitik war, erweise sich jetzt als im hess. Schuldienst nicht mehr tragbar.

BERUFSVERBOT FÜR EINEN WASSERFORSCHER

OLDENBURG 19.Januar — Gegen seine Nichteinstellung an der Technischen Universität Hannover klagt der, zur Zeit in Oldenburg als Promotionsstudent eingeschriebene Diplom-Sozialwirt Willi Gierke. Der Prozeß wird am 24.Februar 1978 vor dem Arbeitsgericht Hannover stattfinden. Es soll über die Rechtmäßigkeit des Verhaltens der niedersächsischen Landesregierung entschieden werden, die Gierkes Einstellungsverzögerung mit Zweifel an seiner Verfassungstreue begründete, bei seiner schließlichen Nichteinstellung dann zusätzlich anführte, eine sinnvolle Beschäftigung Gierkes sei nicht mehr möglich.

Willi Gierke war zum 1.11.1976 fest eine Stelle in einem Forschungsprojekt der Deutschen Forschungsgemeinschaft, das Wasserforschung im Küstenbereich betreibt, zugesagt worden. Der Einstellungstermin verstrich jedoch, und nach über zweimonatiger Wartezeit erhielt Gierke ein Schreiben der niedersächsischen ‚Anhörungskommission', in dem ihm vor allem seine Kandidaturen für die Deutsche Kommunistische Partei zu Kommunalwahlen in Göttingen und für den MSB Spartakus zum Studentenrat der Göttinger Universität vorgehalten wurden. Daraus ergäben sich Zweifel an Willi Gierkes Verfassungstreue, die vor seiner Einstellung „erörtert" werden müßten. Als Gierke mit Rechtsbeistand zum anberaumten ‚Anhörungstermin' erschien, war man jedoch nicht mehr an einem Gespräch interessiert: Das Projekt, in das Gierke eingestellt werden sollte, werde demnächst nicht mehr weitergefördert; eine Einstellung komme sowieso nicht mehr in Frage. Ein Gutachtergremium hatte der Deutschen Forschungsgemeinschaft, die das Projekt finanzierte, empfohlen, die Förderung zum 30.6.1977 einzustellen. Mit als Grund für diesen Entscheid wurde die schlechte personelle Situation im Projekt , die mit der Nichteinstellung Gierkes zusammenhing, angeführt.

In einem einstweiligen Anordnungsverfahren vor dem Arbeitsgericht Hannover erreichte Gierke dann doch noch seine Einstellung. Allerdings nur für knapp sechs Wochen. Danach setzte das Landesarbeitsgericht den Vollzug des Urteils des Arbeitsgerichtes aus und kam damit dem Willen der Landesregierung nach, die in Berufung gegangen war. Zugleich weigerte sich die Landesregierung, Gierke für seine Arbeit das zustehende Gehalt zu zahlen. Auf der im Juni 1977 stattfindenden Berufungsverhandlung entschied das Landesarbeitsgericht, daß fraglich sei, ob eine besetzbare Stelle und eine sinnvolle Beschäftigungsmöglichkeit überhaupt vorhanden sei, und gab damit dem Antrag der Landesregierung auf Nichteinstellung Gierkes statt. Damit wurden die von der Landesregierung geschaffenen Fakten gewissermaßen „juristisch abgesegnet".

Dennoch kann das einstweilige Anordnungsverfahren als Teilerfolg im Kampf gegen die verfassungswidrige Berufsverbotspolitik der Landesregierung gewertet werden. Beide Gerichte entschieden, Zweifel an Gierkes Verfassungstreue könnten mit seinen Aktivitäten für die DKP und MSB Spartakus nicht begründet werden. Daraus ergibt sich, daß das Verhalten der Landesregierung von Anfang an rechts- und verfassungswidrig war. Für Willi Gierke erwächst daraus ein Anspruch auf Gehaltsnachzahlung für die entgangene Stelle, den er im Hauptverfahren vor dem Arbeitsgericht Hannover durchzusetzen hofft. Für seine sechswöchige Arbeit hat er bis heute keinen Pfennig bekommen.

Aktionskomitee gegen die Berufsverbote
c/o Gisela Ring, AStA der Carl von Ossietzky-Universität, Ammerländer Heerstraße 67-99, 29 Oldenburg

ANKLAGE GEGEN ZWEI RECHTSANWÄLTE WEGEN § 129 ERHOBEN

HAMBURG *Pressemitteilung aus Hamburg:*
25.Januar 78 "Die Staatsanwaltschaft Hamburg hat jetzt gegen Rechtsanwalt Rainer Köncke und Rechtsanwältin Petra Rogge Anklge wegen Unterstützung einer kriminellen Vereinigung erhoben. Gleichzeitig mit der Anklage hat sie bei der zuständigen Strafkammer Antrag auf vorläufiges Berufsverbot gegen beide Rechtsanwälte gestellt.

Die Anklage ist der Versuch, ein Anwaltsbüro insgesamt zu kriminalisieren. Die Anklage gegen Köncke und Rogge stützt sich allein darauf, daß sie mit Rechtsanwalt Groenewold assoziiert sind und deswegen für das sog. "Info" mitverantwortlich gewesen seinen.

Der Zeitpunkt der Anklageerhebung und die Unhaltbarkeit der Vorwürfe zeigen, daß es der Staatsanwaltschaft allein darum geht, die Bundesanwaltschaft im Prozess gegen Rechtsanwalt Kurt Groenewold propagandistisch zu unterstützen und die Arbeit der gesamten Sozietät lahmzulegen."

Rechtsanwälte Kurt Groenewold Osterstr. 120, 2 HH 19
Rainer Köncke Tel. 040/49 29 15
Petra Rogge /49 24 55

WÜRZBURGER STAATSANWALTSCHAFT BESCHLAGNAHMT LITERATUR

WÜRZBURG
16. Jan. 78
Am 22.12.1977 beschlagnahmten 2 Kriminalbeamte auf Anordnung der würzburger Staatsanwaltschaft in der Wohnung des Vorsitzenden der Studiobühne Würzburg e.V. das Plakatgedicht "Der Todesvogel". Gegen Dr. Wolfgang Schulz läuft ein Ermittlungsverfahren wegen Verunglimpfung des Staates und seiner Symbole. Im folgenden veröffentlichen wir den Wortlaut des Gedichtes

Der Todesvogel

Es breitet der Todesvogel wieder seine Schwingen.
Dunkel gleitet ein Schatten über das Land
Wie soll ich, Liebste, Dir von Liebe singen?
Sieh, es liegt ja geknebelt, das geliebte Land!

Schwer, so schwer lasten Gewitterschwüle und Schweigen
Vor Paragraphenkrallen duckt sich das Land.
Wie gerne, Liebste, wär' ich Dir zu eigen!
Doch es liegt ja gefesselt, das geliebte Land.

Das Lachen vom beutegierigen Krächzen vertrieben.
Viel', so viele Seufzer erfüllen das Land.
Wie gerne, Liebste, hätt' ich Dir geschrieben!
Doch es liegt ja gepreßt, das geliebte Land!

So zahlreich unter Flügeln sind der Schergen Verbrechen.
Kapuzen und Masken beherrschen das Land.
Wie gerne, Liebste, würd' ich zu Dir sprechen!
Doch es wird ja verhört, das geliebte Land!

Nun heißt es: Zu den Waffen! Die Fackel Freiheit her!
Der Vogel soll des Feuers Nahrung werden!
Und für die Schergen, Liebste, reich mir das Gewehr!
Dann, ihr Genossen, wird im Lande Freiheit sein!

Aber nicht nur die Staatsanwaltschaft hat es auf die Studiobühne abgesehen. Das Studentenwerk der Uni Würzburg hat sich in die Angelegenheit eingeschaltet und verweigert der Studiobühne seit neuestem die Erlaubnis, Hinweise auf Aufführungen am Schwarzen Brett anzubringen. Das Schwarze Brett steht nur für "studentische Gemeinschaften" zur Verfügung. An der Stelle, an der bisher die Studiobühne ihre Termine bekanntgab, veröffentlicht ab jetzt der Ostpreußische Studentenbund seine Neuigkeiten.

Die CSU, der Ring Christlich Demokratischer Studenten und die Junge Union beteiligen sich auch an der Kampagne gegen die Studiobühne. Die drei klären die Würzburger Bevölkerung über die wahren Machenschaften der Studiobühne auf, indem sie behaupten, die Bühne würde duch ihre Stücke zu Gewalt und Terror aufrufen. Außerdem entdecken diese drei Gruppen eine Zusammenarbeit zwischen der Bühne und dem Sprecherrat der Uni Würzburg, der die Studiobühne offiziell eingeladen hatte. (Der Sprecherrat ist das Überbleibsel des Allgemeinen Studentenausschusses) In einem Flugblatt der Studiobühne heißt es unter anderem:

"Der Willkürakt gegen die Studiobühne und ihren Vorsitzenden reiht sich ein in die lange Liste der Repressions- und Zensurmaßnahmen, denen die Studiobühne seit Jahren ausgesetzt ist. 1974 wurde Wolfgang Schulz, Autor des Theaterstükkes "Der Geist von Oberzell" wegen angeblicher Beleidigung und Verleumdung einiger Herren der Druckmaschinenfabrik Koenig & Bauer zu 1 200.- DM Geldstrafe verurteilt. 1975 wurde das schon im Mai 1973 mit einer einstweiligen Verfügung belegte Theaterstück vom Bundesgerichtshof endgültig verboten. Begründung: die vorgebliche Freiheit der Kunst sei "vorbehaltlos, nicht aber schrankenlos gewährleistet". Sie finde dort ihre Grenzen, "wo ein Unternehmen und seine Beschäftigten in ihrer realen Existenz und Tätigkeit zum Objekt herabwürdigender Kritik gemacht werden. ... Der Künstler darf zwar ... in seinem Werk Personen seiner Umwelt einbeziehen, doch habe er hierbei auf den Schutz der *Persönlichkeit* des Dargestellten und seinen Ruf Rücksicht zu nehmen."

Mit dem Gedicht "Der Todesvogel", dem auf dem Plakat, graphisch und künstlerich unverzichtbar, der Bundesadler beigefügt ist, hat Wolfgang Schulz das kapitalistische Unternehmen "Deutsche Bundesrepublik" "zum Objekt herabwürdigender Kritik gemacht". Er hat wieder einmal nicht auf den "Schutz der Persönlichkeit", die sich in dem Bundesadler symbolisch ausdrückt, und "seinen Ruf" (krächz – krächz), Rücksicht genommen. Er hat verunglimpft. Ja, er spricht gar in diesem Gedicht (unerhört!) von der Gefahr des Faschismus und welche unabwendbare Lösung zur Befreiung vom Joch des Kapitalismus Revolutionäre bereit halten. Dieser Saukerl!"

In der nächsten Zeit wird eine Solidaritätsveranstaltung stattfinden, auf der über weitere Entwicklung informiert werden soll und bei der Geld für die Gruppe gesammelt werden soll. Dringend benötigte Spenden können auf das Konto 6 818 272 bei der Commerzbank Würzburg überwiesen werden.

Kontakt: Studiobühnen Würzburg e.V., c/o W. Schulz, Neubergstr. 17, 8700 Würzburg, Tel.: 0931/72162.

MODELL DEUTSCHLAND – AUCH FÜR AUSLÄNDER

MAINZ *Aus Mainz erhielten wir folgenden Brief:*
23. Januar „Ich bin Franzose und lebe seit 1968 in der BRD. Ich arbeitete acht Jahre lang als Kellner, was mir mit der Zeit gestunken hat. Deshalb ging ich ab 1974 auf das Abendgymnasium Wiesbaden, und holte dort mein Abitur nach. Seit Oktober 1977 studiere ich in Mainz.

Im Oktober lief meine Aufenthaltserlaubnis ab. Ich ging also aufs Polizeipräsidium, um sie zu verlängern lassen. Als ich endlich im Büro des Beamten saß, wurde ich wieder für „einen kleinen Moment" rausgeschickt, da der Beamte anrufen müsse. Er rief tatsächlich jemand an und zwar 2 Zivile von der „Politischen". Diese nahmen mich in ihr Zimmer mit, an-

geblich meines Passes wegen! Die Beamten wollten nur eine „freundschaftliche Unterhaltung" mit mir führen, was sie immer schon gewollt hätten, und da ich sowieso gerade im Haus wäre, hätten sie diese Gelegenheit wahrgenommen. Die „nette, freundschaftliche Unterhaltung" lief auf folgende Fragen hinaus: Ich wäre doch bei der Zeitung ‚Provinz' als Verantwortlicher Redakteur, und da wüßte ich doch, wer da so mitmacht und wer hinter dieser linksextremistischen Zeitung stecken würde. Um mich in dieser netten Atmosphäre zum Sprechen zu bringen, versuchten sie mir ständig wieder klar zu machen, daß in der BRD jeder seine Meinung frei äußern dürfte, allerdings mit dem Einwand, daß andere Personen nicht dabei gefährdet werden dürften, daß nicht zur Anwendung von Gewalt aufgerufen würde, wie das ja die Baader-Meinhof-Bande getan hätte. Als ich fragte, was diese ganze Fragerei mit meiner Aufenthaltsgenehmigung zu tun hätte, mußten sie zugeben, daß eigentlich kein Zusammenhang bestand. Trotzdem fragten sie mich freundlich weiter aus, bis es mir zu bunt wurde und ich ging.

Daraufhin wurde meine Aufenthaltserlaubnis um nur ein Jahr verlängert mit der Begründung: als Student fiele ich unter die normalen Ausländergesetze, und nicht mehr unter die EWG-Ausländergesetze.

Am 19. Januar 1978 bekam ich eine Einladung des Ausländeramtes (Polizeipräsidium), mich umgehend bei ihnen zu melden. Ohne lange Umschweife wurde mir gesagt, ich sei schon einmal wegen meiner linksextremistischen Aktivitäten angesprochen worden, und dieser Besuch wäre eine „Vorwarnung". Ich hätte von Mitte 74 bis Anfang 76 bei der linksextremistischen Stadtzeitung Provinz als Herausgeber mitgemacht, und hätte im Juli dieses Jahres eine Unterschrift gegen das Berufsverbot von Stefan Schäfer und Barbara Edel geleistet. Wenn ich Aktivitäten dieser Art nicht einstellen würde, bekäm ich keine Aufenthaltserlaubnis mehr. Als ich mich weigerte, diese Vorwarnung auch noch zu unterschreiben, wurde mir von Frau Noack gesagt: eigentlich sei es ja egal ob ich unterschreiben würde, denn es würde schon genügen, wenn sie und Herr Doppler (der mit ihr im Büro arbeitet) unterschreiben würden!

Ich behielt mir vor mit meinem Anwalt zu sprechen und ging erst mal in Ruhe Kaffee trinken."



FRAUENHOF GAIGANZ GEKÜNDIGT!

GAIGANZ, Januar 1978 — Am 20.11.77 erhielten die vier Frauen, die den Frauenhof in Gaiganz gemietet haben, die schriftliche Kündigung von der Vermieterin Fr. Elisabeth Matschke, Sandstr. 7, 8521 Spardorf/ Erlangen. Die Begründung:

"Ich kündige und löse hiermit unsere Vereinbarung vom 11.9.76 mit sofortiger Wirkung, weil ich aufgrund der letzten Vorfälle (z.B. wiederholter Polizeirazzien) zuviel Schwierigkeiten mit der Gemeinde habe....
Da das Anwesen renoviert werden muß, habe ich es an den Bauhandwerker Herrn Manfred Kloiber übergeben..."
Die Frauen haben sich daraufhin an ihre Anwälte gewandt, weil die Kündigungsgründe reichlich seltsam sind und Fr. Matschke sofort diesen Herrn Kloiber und einen anderen Mann in Gaiganz einquartiert hat.

Daraufhin erhöhte die Vermieterin die Miete ab 1.1.78 von 600.-- auf 1.000.-- DM. Zwischendurch hatte sich auch mal ihr Mann eingeschaltet, der natürlich wußte, daß es sich bei uns um eine Frauengruppe handelt, wie aus seinem Brief hervorgeht: "Unabhängig von diesen Rechts- und Sachausführungen meiner Frau, darf ich Ihnen persönlich versichern, daß ich für Ihre Frauengruppe ein tiefes soziales und menschliches Verständnis habe und es mir persönlich leid tut Ihnen nicht helfen zu können."

Die Vermieterin tut jetzt so, als habe sie nicht gewußt, daß der Hof ein Frauenferienhof war. Der nächste Brief
"Da Sie ja immer wieder sich auf den Vertrag berufen, muß ich Sie auch darauf hinweisen, daß ich zwar gewillt war, Sie drei als Mieterinnen zu akzeptieren, aber damit keine Umfunktionierung des Wohnhauses etwa in einen Unterschlupf evtl. verstecksuchender Personen. Beweis: Zeugen NN, Nennung im Prozeß.
Im Mietvertrag steht nichts davon, daß Sie berechtigt sind, das Anwesen in eine Art "Asyl für eine ständig beliebige und unkontrollierbare Anzahl von Personen" umzufunktionieren. Dafür ist es weder geeignet noch gedacht, noch kann ich so etwas rechtlich noch sachlich dulden. Durch dieses Ihr Verhalten, indem sie das Anwesen ständig allen möglichen dritten Personen nach Belieben überließen bzw. zugänglich machten, haben sie ständig gegen die Vertragsbestimmungen verstoßen.
Beweis: Gemeindeverwaltung und Kriminalpolizei.
Als weiterer absoluter Kündigungsgrund ... gilt auch die Tatsache, das das Anwesen auf Grund Ihres Verhaltens fast einer ständigen offenen oder unauffälligen Observation durch die Kriminalpolizei unterliegt.
Beweis: Kriminalpolizei, Namensnennung der Beamten erfolgt im Rechtsstreit.
Es ist untragbar für mich (Anmerk. die Frau ist Studiendirektorin) wenn Sie als Mieter es dulden und Anlaß geben, daß das ganze Anwesen wie eine Festung von der Polizei umstellt werden muß und Razzien durchgeführt werden, die im ganzen Dorf Unbill, Mißbehagen, sogar Verkehrsbeschränkungen und was noch alles auslösen und ich als Vermieterin damit konfrontiert werde und so als Störenfried eines kleinen friedlichen Dorfes dastehe.
Beweis: Gemeindeangehörige NN
Ab sofort muß ich leider darauf bestehen, daß die Meldegesetze ... eingehalten werden. Daher muß ich darauf bestehen, daß sich alle sich dort aufhaltenden bzw. vermeintlichen Besucher sofort anzumelden und auszuweisen haben.
Gottseidank haften Sie als Gesamtschuldner, d.h. daß sicherlich eine von Ihnen in der Lage ist, den bisher entstandenen Schaden von ca. 10.000.-- DM zu ersetzen.

P.S.: Nebenbei verstehe ich Ihr Verhalten nicht, denn wie können sich zukünftig Ihre "Gäste" dort wohlfühlen, wenn sie einer ständigen "öffentlichen"um nicht zu sagen polizeilichen Observation unterliegen? Hochachtungsvoll...

Am 14.12.77 kam es in Gaiganz zwischen einigen Frauen und dem jetzt dort wohnenden Kloiber zu einem Handgemenge, wobei der Mann eine Frau die Treppe runterschmiß und ihr den Pullover vollständig zerriß. Kurz vorher hatte er die Polizei gerufen, die die Personalien der Frauen überprüfte. Kloiber war stark angetrunken. Die Frauen stellten fest, daß im Haus 3 Hausschlüssel, das Hausbuch, das Gästebuch, das Anwesenheitsbuch und das Logbuch fehlten. Inzwischen fand in Forchheim die erste Verhandlung statt und es sieht so aus, als könnten wir das Haus weiter benutzen. Der Richter hat der Vermieterin vorgeschlagen, die zwei Männer wieder auszuquartieren. Mehr wissen wir vorläufig auch nicht. Fragt bitte nach bei GEGENDRUCK Tel. 0201/ 791656
Das ganze Zeug wird teuer für uns, bitte unterstützt den Hof!!!
Spendenkonto: *Stadtsparkasse Erlangen*
Monika Omniczynski
Konto. 229 379

IM EINZELHANDEL: RATIONALISIERUNG AUF VOLLEN TOUREN – WIDERSTAND REGT SICH NOCH KAUM

FRANKFURT
19. Januar
Die großen Kaufhauskonzerne in Westdeutschland rationalisieren zur Zeit auf Teufel komm raus. Die Kolleginnen und Kollegen, die von Umsetzungen, Arbeitsplatzvernichtung, Verminderung der Ausbildungsplätze, höherer Arbeitsbelastung usw. betroffen sind, haben bisher wenig dagegen getan; von ihren Betriebsräten und der Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherungen (HBV) haben sie bisher höchstens schöne Reden gehört.
Leute vom ID diskutierten mit zwei Kolleginnen, die in einer norddeutschen Großstadt bei der Kaufhof AG arbeiten.

NACH DEN VERKÄUFERN WERDEN JETZT VERWALTUNG UND KUNDENDIENST ABGEBAUT

ID: Was läuft im Moment an Rationalisierung ?

Koll.: In der Öffentlichkeit wird wenig über die Rationalisierungsmaßnahmen im Einzelhandel berichtet. Der Grund liegt darin, daß der Einzelhandel nicht von Kurzarbeit betroffen ist und auch nicht auf einen Schlag Entlassungen vorgenommen werden. Der Personalabbau geht schleichend vonstatten; zum Großteil bedingt durch Änderungen der Organisationsformen. Die Rationalisierung bei der Kaufhof AG kann in zwei Phasen eingeteilt werden. Im Verkauf wurde so viel Personal abgebaut, bis ein Minimum erreicht war, um die Kunden überhaupt noch bedienen zu können. Durch den ständig sinkenden Personalbestand und die Zunahme der Verkaufsfläche werden die Verkäuferinnen und Verkäufer immer stärker belastet. Das spürt auch der Verbraucher.

Und dann ging die zweite Phase los. Der Verwaltungs- und Kundendienstbereich wurde durchforstet.

Kaufhof-Konzern, zweitgrößtes Warenhausunternehmen, 84 Kaufhöfe und 99 Kaufhallen.

Umsatz 1977: 7,09 Milliarden

58.000 Beschäftigte

7 Vorstandsmitglieder, Vorstandsbezüge 3.845.000,-- DM, für alle zusammen.

Monatsbezüge für jedes Vorstandsmitglied: ca. 45.773,-- DM

Monatsbezüge einer Verkäuferin mit 5 Berufsjahren: 1.100,-DM

	Mitarbeiter	qm Verkaufsfläche
1972	60.600	743.000
1977	58.000	945.000

ID: Im Verkauf haben sie auch mit vielen Teilzeitbeschäftigten gearbeitet. Das ist aber schon lange her.

Koll.: Da gibt es ja die „schöne Sache" mit der variablen Arbeitszeit, auch „Kapazitätsorientierte variable Arbeitszeit" genannt. Diese Arbeitszeit richtet sich dann nach dem Arbeitsanfall. Der Besuch der Kundschaft ist nicht gleichmäßig. Sondern es gibt im Einzelhandel „Stoßzeiten" und auch ruhigere Stunden. Ziel der Unternehmer ist: nur ein Minimum an Arbeitskräften ständig verkaufsbereit zu halten und zu bezahlen. Der darüber hinaus in Zeiten grösseren Kundenandrangs bestehende Bedarf an Verkaufskräften soll danach dann nur während der Zeiten des tatsächlich höheren Bedarfs beschäftigt und bezahlt werden.

ID: Und was läuft jetzt - Rationalisierung in der Verwaltung, wie sieht's da aus ?

Koll.: Bestimmte Verwaltungsabteilungen, die vorher in mehreren Filialen vorhanden waren, werden an einer zentralen Stelle zusammengefaßt. Das fängt an beim Wareneinkauf und hört auf bei der Warenmanipulation, also Auszeichnung und Transport in die Filialen. Wenn solche Organisationsumwandlungen stattfinden, wird keiner entlassen, sondern das Unternehmen bietet andere Arbeitsplätze an. Das bedeutet für die betroffenen Kollegen meistens eine Verschlechterung der Arbeitsbedingungen. Nur als Beispiel: wird in der Verwaltung, die größtenteils bis 17 Uhr arbeitet und Samstags nicht, eine Abteilung geschlossen und die neuen Arbeitsplätze werden für den Verkauf angeboten, dann ist die Arbeitszeit bis 18.30 Uhr und auch Samstags wird gearbeitet.

ID: Es kann ja durchaus sein, wenn bestimmte Abteilungen zusammengelegt werden für eine Reihe von Filialen, daß dann Arbeitsplätze auftauchen, die zwar weiter garantiert werden, aber vielleicht in einer Entfernung von 50 oder 60 km, also gar nicht mehr in Anspruch zu nehmen sind, aufgrund dieser zusätzlichen Belastung.

Koll.: Ja, das gibt es oft, daß die Entfernung zu der zentralen, neueingerichteten Verwaltungsstelle so groß ist, daß für die Kollegen der lange Anfahrtsweg unzumutbar ist.

ID: Könnt Ihr noch ein paar konkrete Beispiele nennen?

Koll.: Der Kaufhof wird insgesamt 500 Schaufenster schließen und will diese Schaufenster miteinbeziehen in die Verkaufsfläche. Das heißt, es werden in jedem Haus nicht mehr so viele Dekorateure gebraucht wie vorher. Aufgrund dieser Maßnahme, daß soundsoviele Fenster geschlossen werden, bie-

tet man dann den Kollegen andere Arbeitsplätze an. Man sagt: „Wir brauchen dich jetzt nicht mehr – du kannst in die und die Abteilung gehen." Es werden meistens Arbeitsplätze im Verkauf angeboten. Viele Kollegen sind damit nicht einverstanden und versuchen bei einer anderen Firma einen neuen Arbeitsplatz zu bekommen. Auf diese Art kann der Betrieb auch Personal abbauen. Auch wird das Drucken von Preisschildern zum Teil zentral vorgenommen. Das bedeutet für die Dekorateure in den Filialen, die Arbeit wird weniger. Eine Zentralisierung von ganzen Abteilungen oder einzelnen Arbeitsvorgängen, egal in welchem Bereich, bedeutet immer Personalabbau.

ID: Bisher wurden die Schilder von jeder Filiale einzeln gedruckt oder von Schildermalern gemalt. Das ist deshalb interessant, weil die Arbeitsämter heute wieder Schildermaler als Beruf mit Zukunft anpreisen!

Koll.: Der Vorstand der Kaufhof AG hat sich intensiv mit der Frage befaßt, wie und wo kann im Konzern rationalisiert werden. Es wurde dafür ein Programm erarbeitet, das insgesamt 15 Punkte umfaßt. In diesem Rationalisierungspapier sind einige sehr interessante Aussagen drin, wie der Vorstand einfach über uns Beschäftigte da spricht. Da heißt es z.B.: „Wir können es uns nicht mehr erlauben, auf Rationalisierungsmaßnahmen aus falsch verstandener Rücksichtnahme auf Einzelinteressen zu verzichten." Und weiter: „Rationalisierung heißt, das Verhältnis zwischen Leistung und Kosten verbessern!" Und noch ein Satz: „Das Gesamtpaket der Rationalisierungsvorschläge wird uns auf Dauer eine Ertragsverbesserung in Höhe einer zweistelligen Millionensumme bringen." Das sagt eigentlich schon alles aus!

ID: Könnt Ihr uns die anderen Rationalisierungsmaßnahmen noch schildern?

Koll.: Es werden zentrale Buchungsstellen eingerichtet. Zum Beispiel bekommen einige Filialen, die vorher selbständige Buchhaltungen hatten, die Buchhaltungen aufgelöst. Die Arbeiten werden in einem zentralen Buchungszentrum zusammengefaßt. Das gleiche passiert im Kundendienstbereich. Normalerweise ist es so, daß jede Filiale ihren Radio-Fernseh-Techniker hat, Kollegen für den Anschluß und die Reparatur von Waschmaschinen zuständig sind oder zur Änderung für Oberbekleidung. Dieser Kundendienst wird aufgelöst und weitergeführt von einer zentralen Stelle aus.

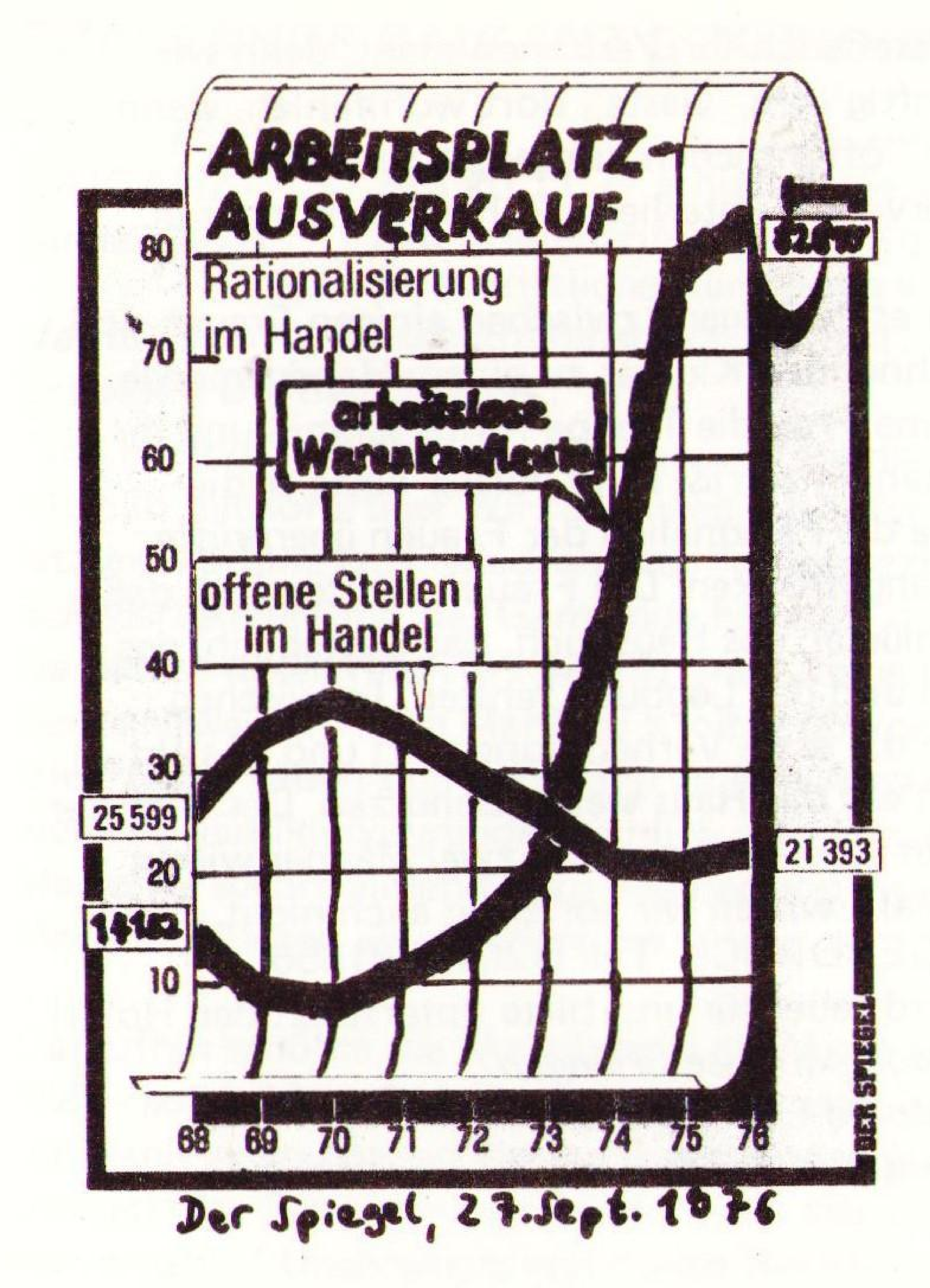
ID: Wie weit ist denn der Einzugsbereich dann? Sind das unmittelbare Nachbarfilialen, oder ist es ein größerer Bereich?

Koll.: Was den Kundendienst angeht, ist es die unmittelbare Nachbarschaft, etwa im Radius bis zu 60 km.

„LIEBER KUNDE, ICH KOMME MORGEN WIEDER"

ID: Jetzt mal zurück zu den Beschäftigten ...

Koll.: Für die Kollegen entstehen durch die Zusammenlegung des Kundendienstes keine sogenannten „Leerlaufzeiten". Früher hatte eine Filiale vielleicht zwei Kundendienstmitarbeiter. Da kam es schon mal vor, daß man tagsüber nicht voll ausgelastet war und hat mit im Verkauf gearbeitet. Jetzt, wo zentralisiert wurde, ist jeder Kollege den ganzen Tag nur mit Reparaturen ausgelastet.



Der Spiegel, 27. Sept. 1976

ID: Und haben sie sich darüber beschwert – über die Auslastung?

Koll.: Ich habe gehört, daß sich die Kollegen darüber beschwert haben, daß sie abends oft Überstunden machen müssen. Man kann ja nicht, wenn man gerade eine Waschmaschine anschließt bei einem Kunden, nur weil jetzt Arbeitsschluß ist, einfach gehen, den Hammer fallen lassen und sagen: „Lieber Kunde, ich komm morgen wieder", sondern der Kollege macht natürlich den Anschluß der Waschmaschine noch fertig, egal ob schon Feierabend ist oder nicht. Die Überstunden werden gemacht im Sinne des Unternehmens, damit der Kunde zufrieden ist. Aber durch das Stechkartensystem sind die Kollegen gezwungen, morgens pünktlich zu sein, sie dürfen es sich nicht leisten, eine Minute zu spät zu kommen ...

ID: Nimmt die Qualifikation für einzelne Tätigkeiten ab?

Koll.: Du brauchst einfach nicht mehr so viele Qualifikationen. Sei es im technischen oder sei es im Verwaltungsbereich. Dadurch, daß die Arbeitsvorgänge vor allem in der Verwaltung immer mehr getrennt und schematisiert werden, hast du nicht mehr den Überblick über die gesamte Abteilung, oder Arbeiten, die miteinander in Verbindung stehen. Sondern du hast dein Aufgabengebiet, das wird bearbeitet, und die Zusammenhänge verwischen. Auch dadurch, daß immer mehr Maschinen eingesetzt werden.

ID: Ist bei euch im Verwaltungsbereich Teilzeitarbeit üblich?

Koll.: Ja. – Ich möchte gerne einmal wissen, wozu die Lehrlinge eigentlich alles lernen, zum Beispiel Buchhaltung oder so was. Du mußt kennen, wie ein Buchungsautomat bedient wird und nachher Kontrollarbeiten durchführen.

ID: Das ist ja das Charakteristische für diese Automaten. Man braucht nur ganz wenige Spezialisten, und alles übrige sind Anlerntätigkeiten. Ich kenne eine Frau, die bei einer Bank vor drei Jahren angefangen hat und jetzt so was wie eine Abteilungsleiterin ist. Die ist natürlich wesentlich billiger als ei-

ne, die bei der Bank ausgebildet worden ist. Und sie steht unter einem dauerndem Qualifikationsstreß. Insofern sind diese Leute den Firmen lieber. Genau dasselbe hat Krupp gemacht, nämlich Jugendliche aus dem Sonderschulbereich für seine Lehrlingsausbildung genommen. Unter dem Aspekt: die sind dankbarer, ehrgeiziger und wenn wir ganz ehrlich sind: im Grunde können sie das andere genauso.

Koll.: Aufgrund der Zentralisierung, die bei Kaufhof läuft, stellt sich ja auch das Problem der Berufsausbildung ganz hart. Wenn eine Filiale zum Beispiel keinen Verwaltungsbereich mehr hat, kann in dieser Filiale das Berufsbild des Einzelhandelskaufmanns und Bürokaufmanns nicht mehr ausgebildet werden. Oder da, wo es die Büroausbildung noch gibt: die lernen den ganzen Scheiß und können ihn hinterher nicht anwenden, weil die Verwaltungen aufgelöst wurden. Sie müssen aber den ganzen Stress der Berufsschule und der betriebsinternen Schulung über sich ergehen lassen. Auf der anderen Seite verdienst du mehr, wenn du eine drei-jährige Ausbildung zum Einzelhandelskaufmann gemacht hast, als nur eine Verkäuferlehre. Du hast auch bessere Arbeitsbedingungen, hast eher die Möglichkeit, auch mal zu einer anderen Firma zu wechseln. Wenn du Verkäufer gelernt hast, bleibt dir nichts anderes übrig, als Verkäufer zu bleiben. Die Arbeitsplätze für Bürotätigkeiten werden ja in allen Betrieben immer weniger, das weisen auch die Zahlen der Arbeitslosen aus. Die Arbeitslosenzahlen der Kaufleute steigen ständig.

ID: Gibt es auch bei euch die Tendenz, daß die Abteilungsleiter abgebaut werden?

Koll.: Ja, wenn eine Filiale nicht mehr selbständig den Wareneinkauf vornimmt. Es gibt dann nur noch Substituten. Das Unternehmen spart die Ausbildungskosten für Abteilungsleiter, den Extra-Personalrabatt und die Tantiemen, die es für die Abteilungsleiter anstelle des 13. Monatsgehalts gibt. Diese Tantiemen richten sich nach der Höhe des Rohertrags in der Abteilung, wo der Abteilungsleiter beschäftigt ist. Das alles fällt weg, und die Substitute liegen auch tariflich niedriger als Abteilungsleiter.

„ERST MÜSSEN WIR GANZ VIELE SEIN ...."

ID: Und was machen Gewerkschaften und Betriebsräte?

Koll.: Zu der ganzen Rationalisierung im Einzelhandel gibt es keine Alternative von Seiten der Gewerkschaften. Obwohl es schon fünf Jahre lang läuft. Die Betriebsräte sind nicht vor dasselbe Problem gestellt wie in der Industrie-Kurzarbeit und Entlassung, sondern das ist noch viel schwieriger, weil es eben so schleichende Maßnahmen sind. Weil es auch schwieriger ist, den Kollegen zu erklären, was da eigentlich mit ihnen passiert. Gerade die Änderung von Organisationsformen wirkt sich aber auf den Arbeitsmarkt auf lange Sicht hin ganz brutal aus, weil da Arbeitsplätze für immer vernichtet werden.

ID: Und was sind die Forderungen dagegen? Die HBV hat ja die Ausrede, daß sie eine wachsende Gewerkschaft ist, und daß sie erst einen gewissen Mitgliederstand erreichen muß. Sie ist wirklich eine der wenigen Gewerkschaften, die dauernd zunimmt. Das aber ist ihr gewerkschaftliches 'Kampfziel'! das heißt, die Werbeaktionen sind entscheidend. Wobei nicht gleichzeitig ein Auftrag gesehen wird, daß die Kolleginnen und Kollegen, die bei uns eintreten, etwas von uns erwarten, sondern nach der alten Gewerkschaftsdevise: erst müssen wir ganz viele sein, dann können wir was machen.

Koll.: Man muß sagen, daß im HBV-Bereich die Rationalisierungsmaßnahmen im Moment am stärksten sind. Früher war es der Industriebereich, der aufgrund der technologischen Entwicklung sehr hart betroffen war. Und jetzt ist es der gesamte HBV-Bereich, nicht nur der Einzelhandel, sondern auch die Banken und Versicherungen. Von der HBV aus gibt es für uns Vertrauensleute und auch nicht für die Betriebsräte eine konkrete Alternative. Es wird Zeit, daß wir Betroffenen uns selbst was einfallen lassen!

ID: Diese Entwicklung ist ganz deutlich auf der letzten Hannover-Messe zu sehen gewesen, wo der meistbesuchte Stand der Siemens-Stand „Rationalisierung im Büro" war. Dazu kommen noch die Industrieautomaten, eine ganz andere Rationalisierungswelle, die noch bevorsteht. Auch für Lagerarbeiter.

Koll.: Dort, wo neue Lagerhallen gebaut werden, wird heute schon dies neue Prinzip mit eingebaut. Tätigkeiten wie Gabelstaplerfahrer und Schlepperfahrer fallen ganz weg. Es wird dann so gebaut, daß durch den ganzen Lagerbereich eine Eisenbahn fährt, und der Kollege, der die Ware an der Warenannahme entgegennimmt, stellt das Paket auf die Eisenbahn, tippt eine Lochkarte oder eine bestimmte Nummer ein, und das Paket wird automatisch zu der Stelle gefahren, wo es hingehört. Das heißt, so Tätigkeiten, wo du keine qualifizierte Ausbildung brauchst, die werden auf lange Sicht gestrichen. Ein Vorstand, der solche Arbeitsplatzvernichtung betreibt, handelt nach unserer Ansicht gesellschaftlich unverantwortlich. Denn der Einzelhandel kann ja nicht erwarten, daß bei über 1 Million Arbeitsloser der Umsatz ständig steigen wird. Das ist eine schizophrene Sache. Der Einzelhandel ist darauf angewiesen, daß der Verbraucher Geld hat. Der Verbraucher kriegt aber nur Geld, wenn er arbeitet. Wenn jetzt der Einzelhandel selbst Arbeitsplätze für immer kaputt macht, wird die Chance, Umsatz zu machen, immer geringer.

Kontaktadresse über „Arbeitskreis: Gewerkschaften — Segen oder Fluch? " im ID

BETRIEBSRATSWAHLEN UND NEUE MITBESTIMMUNG: GUTER RAT VOM OPEL-SOLIDARITÄTSKOMITEE

BOCHUM 25.Januar 78 *Für Leute, die im Betrieb die Hoffnung nicht aufgegeben haben, gibt es zwei nützliche / neue Hilfsmittel. Zu dem ersten, einer Broschüre für die Betriebsratswahlen 1978, schreibt das Opel-Solidaritätskomitee:*

"Liebe Freunde,
in Kürze werden die Betriebsratswahlen 1978 in den meisten Betrieben mit der Bestellung der Wahlvorstände eingeleitet, so daß es allmählich höchste Zeit zur Vorbereitung wird,
Die Juristen aus dem Opel-Solidaritätskomitee, die schon vor einiger Zeit eine Broschüre zu den Rechten der Arbeiter und des

Betriebsrates bei der Krankheitskündigung gemacht haben (ID 196), haben jetzt eine Broschüre fertiggestellt:
Die Betriebsratswahl – Juristischer Leitfaden für gewerkschaftoppositionelle Gruppen und Kolleg-inn-en.
In dieser Broschüre geht es u.a. um folgende Themen:
- Wahlberechtigung und Wählerliste,
- Neutralitätspflicht des Wahlvorstands,
- Kündigungsschutz für Kandidaten und Aktive,
- Bewegungsfreiheit und Wahlwerbung,
- Aufstellung und Formalitäten der Listenwahl.

In einem weiteren Teil werden kurz Besonderheiten der Wahl in betriebsratslosen Betrieben, der Jugendvertreterwahl und der Wahl des Schwerbehinderten-Vertrauensmanns aufgezeigt.
In einem Anhang werden Beispiele einstweiliger Verfügungen dokumentiert (meistens sehr abenteuerliche Geschichten -ID):
- Opel Bochum 1975: einstweilige Verfügung gegen Wahlvorstand wegen Verletzung der Neutralitätspflicht,
- Beiersdorf Hamburg 1975: einstweilige Verfügung gegen Unternehmer wegen Freistellung zur Sammlung von Unterschriften,
- Iduna Hamburg 1977: einstweilige Verfügung eines gekündigten Arbeitnehmers wegen Teilnahme an der Belegschaftsversammlung,
- Siemens Gladbeck 1975/76: einstweilige Verfügung und Wahlanfechtung wegen Verletzung des Wahlgeheimnisses.

Diese Broschüre kann und soll Euch nicht Fragen der politischen Einschätzung der Betriebsratswahlen und der Inhalte der Wahl abnehmen, ist aber nützlich und notwendig für den Kampf um bestimmte demokratische Rechte bei der Wahl.
Die Broschüre umfaßt 48 Seiten. Bestellungen an Michael Dornieden, Schmechtingstr. 38, 4630 Bochum 1, am besten durch Überweisung von 2 DM pro Exemplar plus Porto auf Postscheckkonto Dortmund Nr. 16461–461."
IM BETRIEB VOR DER NEUEN MITBESTIMMUNG:RATLOS?
Die zweite Neuigkeit ist ein ausführliches Papier über das neue Mitbestimmungsgesetz und die Praxis der Mitbestimmung. In vielen Betrieben stehen nämlich in diesen Wochen die Wahlen zu zum Aufsichtsrat nach diesem Gesetz an.
Es diskutiert im einzelnen die gesetzlichen Regelungen, vor allem die rechtliche Stellung der Arbeit"nehmer"vertreter in den Aufsichtsräten: daß sie "zum Wohl des Unternehmens" eine Schweigepflicht einhalten müssen, daß sie über den Aufsichtsrat an keine wesentlichen Informationen herankommen, daß sie bei Arbeitskämpfen durch eine erweiterte Friedenspflicht geknebelt sind. Auch die Ausschlußmöglichkeiten gegen Leute, die sich trotz allem nicht anpassen wollen, eine Art "Radikalenerlaß für den Aufsichtsrat", werden behandelt.
Weiter ist ein geschichtlicher Abriß über die Erfahrungen mit der Montan-Mitbestimmung drin, außerdem so etwas wie eine politische Einschätzung der ganzen Sache, und nicht zuletzt eine Tabelle der Gelder, die Aufsichtsratsmitglieder in den verschiedenen Firmen kassieren.
Auch wer schon weiß oder zu wissen glaubt, daß man mit der neuen Mitbestimmung wenig "machen kann", erfährt genau, warum.
Das Papier ist für -,50 DM plus Porto zu beziehen bei: Opel-Solidaritätskomitee, c/o ESG, Postfach 520 229, 4630 Bochum.

ENTEBBE-FILM IM ALBARTUS/SCHWALL/SCHLEHUBER-PROZESS

DÜSSELDORF 25. Januar 78

Im Prozeß gegen die drei, denen vorgeworfen wird, einen Brandsatz gegen den Entebbe-Film gelegt zu haben, wird auf dem Gerichtshermin am Dienstag, den 31. Januar 78, 14 Uhr der Film selbst gezeigt. – Die Erklärungen der Angeklagten werden demnächst gedruckt in den Buchläden zu haben sein.
Prozeßgebäude: Lippehaus, Tannenstr., 4000 Düsseldorf.
Kontakt: Prpzeßbüro, Tel. 0211/ 39 65 14

STAMMHEIM- TAG DER GUTACHTER

STAMMHEIM 25.Januar78

Am Montag, dem 23.1.78, war vor dem Untersuchungsausschuß in Stuttgart großer Gutachtertag. Ausgesagt haben sowohl die deutschen Obduzenten Prof. Rauschke und Mallach als auch zwei der drei ausländischen Sachverständigen. Ergebnis: es gäbe nichts, was gegen einen Selbstmord spricht.
Die beiden Ausländer betonten, daß sie in keiner Weise behindert worden seien, ihre sachverständigen Feststellungen zu treffen. Im Gegenteil, sie seien von den deutschen Oduzenten in jeder Weise unterstützt worden. Nur obduziert haben sie selbst nicht. Diese Position als Außenstehende wird von offizieller Seite durch einen anderen Vorgang bestätigt. Der dritte Ausländer, Prof. Holczabek aus Wien, war nicht erschienen. Der Vorsitzende des Untersuchungsausschusses, Schieler, meint, es habe mehrfach Kontakte gegeben, aber Herr Holczabek habe zu erkennen gegeben, daß er nicht erscheinen wolle. Und der Ausschuß habe keine Möglichkeit, ihn zu zwingen.
~~Genau dasaaber~~ unterstreicht die Funktion der ausläm

Genau das aber unterstreicht die Funktion der ausländischen Sachverständigen als Beobachter, im Unterschied zum Zeugenstatus der deutschen Obduzenten.
Die Bedenken, die Holczabek gegen sein Erscheinen vor dem Ausschuß angeführt hat, gehen genau in diese Richtung. Er habe Bedenken geäußert, vor dem Untersuchungsausschuß als Zeuge aufzutreten, zumal er von der Staatsanwaltschaft lediglich als Beobachter hinzugezogen worden sei.
Außerdem habe er zum Zeitpunkt der Anfrage Bedenken gehabt gegen die berufende Stelle, das Justizministerium in Baden-Württemberg. Der Zeitpunkt der Anfrage, ob er erscheinen wolle, sei Ende November gewesen, und diese Anfrage sei danach nicht wiederholt worden.
Es geht bei der Feststellung dieser Umstände nicht darum, zu unterstellen, daß durch Aussagen Holczabeks etwas wesentlich anderes herausgekommen wäre. Es geht darum, zu fragen, welche Art Tatsachen die Sachverständigen auf Grund ihres Status überhaupt bekunden können. Aber der Ausschuß ist offenbar leicht zufrieden zu stellen. Es reichen ihm Auskünfte, die die Tatsachen lediglich daraufhin untersuchen, ob sie für Selbstmordfälle normal seien. Komisch erscheint gar das (in der Presse wiedergegebene) Argument, ein Selbstmord durch einen Schuß in den Hinterkopf müsse nicht notwendig unwahrscheinlich sein, er werde in der Literatur erwähnt. Es lebe die Wissenschaft!
Daß Obduktionsergebnisse längst öffentlich ge- und behandelt werden, gehört fast zur normalen Berichterstattung. Sei es, daß sie über den Untersuchungsausschuß laufen, oder aber direkt von der Staatsanwaltschaft kommen. Im Unterschied dazu erhalten die Angehörigen bzw. deren Anwälte die Auskunft, ihnen könnte keine Mitteilungen gemacht werden, da es sich um ein schwe- ~~bendes Vera~~
bendes Verfahren handelt.
Immerhin tat sich Erstaunliches: Staatsanwalt Herrmann gab ein Verletzungszeitpunktgutachten in Auftrag (Gutachten zur Feststellung des Zeitpunktes von Raspes Verletzung). Es steht noch aus. Erstaunlich ist nicht, daß die Verletzungszeit von Raspe überhaupt festgestellt wird. Wie Staatsanwalt Herrmann noch im

November sagte (ID 205), ist eine solche Feststellung selbstverständlich. Erstaunlich ist, daß sie offenbar nicht so selbsverständlich war, daß sie selbstverständlich gemacht wurde, sondern daß es jetzt dazu eines besonderen Auftrages bedurfte.
Im November bestritt Staatsanwalt Herrmann die Aussage von Prof. Mallach, der gesagt hatte, er habe keinen Auftrag zur Feststellung der Todeszeit. Herrmann damals: es bedürfe keines Auftrages. Jetzt hat er den Auftrag, was die Verletzungszeit Raspes angeht, erteilt. Bei besonderer Berücksichtigung des Falles und eingedenk der Umstände der Todeszeitfeststellung läßt sich das Ergebnis vielleicht schon vorab bestimmen:
der Zeitpunkt der Verletzung dürfte zwischen dem 1.1.77 und dem 31.12.78 liegen. Das ist allerdings nur eine theoretische Feststellung, da der Verletzte ja bereits am 18.10.77 verletzt aufgefunden wurde.

BUBACK–EIN NACHSPIEL

GIESSEN 12.Januar *Aus Giessen erhielten wir folgenden Flugblatttext zugeschickt:*

[illegible]fang Juli 1977 veröffentlichte die Fachschaft Biologie den in der deutschen Presse und Repressionsgeschichte zu einmaliger Berühmtheit gelangten Artikel der Göttinger Studentenzeitung "Göttinger Nachrichten": "Buback – ein Nachruf".
(...)
Während in der Öffentlichkeit und bei Politikern von "geistiger Auseinandersetzung" die Rede war, lief (nicht nur) in Gießen die Justizmaschine an: Nachdem die Uni-Leitung die Publikationen an die Staatsanwaltschaft übergeben hatte, dauerte es immerhin 6 Monate, bis diese das Ermittlungsverfahren gegen Horst Rudolph (Asta-Vorsitzender) und Gloria Gotzheim vom Fachschaftsvorstand Biologie eröffnete: Am 22.12.1977 erhielt - gleichsam als Weihnachtsgeschenk - Horst Rudolph eine Mitteilung über die Eröffnung des Verfahrens, Gloria Gotzheim wurde sofort in dem Ermittlungsverfahren wegen angeblicher "Verunglimpfung des Staates" sowie angeblicher "Billigung von Straftaten" zur Staatsanwaltschaft vorgeladen.
Wahrscheinlich glaubt man, bei einer Fachschaftsvertreterin auf den geringsten Widerstand gegen Kriminalisierung zu treffen.
Darin sollen sie sich getäuscht haben!
Wir halten den vollständigen Abdruck des Artikels nach wie [illegible] für richtig und notwendig. Unsere Solidarität gehört allen von der Kriminalisierung Betroffenen!

DIE SUSPENDIERUNG PETER BRÜCKNERS IST EIN ANGRIFF AUS UNS SELBST

Freiburg 12.Januar *Eine Solidaritätserklärung in dem folgenden Tenor verabschiedeten die Teilnehmer der Vollversammlung an der Katholischen Fachhochschule in Freiburg. Das Solidaritätsschreiben war von Vertretern der Basisgruppen(Undogmatische Linke) in die Versammlung eingebracht worden und dorteinstimmig mit 3 Enthaltungen verabschiedet worden.*
In der Erklärung heißt es weiter:

Wir erklären uns mit Peter Brückner solidarisch
- als Studenten,
weil er zu denjenigen Professoren gehört, die immer die demokratische Studentenbewegung praktisch unterstützt haben. Gerade als Studenten in Baden-Württemberg, wo erst kürzlich verfaßte Studentenschaft und ASten verboten wurden,und gerade als Studenten der Katholischen Fachhochschule Freiburg, an der das Klima bestimmt wird durch Plakatierungsverbot, Büchertischverbot, Ordnungsrecht usw. wie sonst kaum wo,wissen wir es besonders zu schätzen, daß sich Peter Brückner und andere fortschrittliche Professoren in den letzten Monaten - beispielsweise in der Frage des politischen Mandats aktiv auf unsere Seite gestellt haben.
-als zukünftige Sozialarbeiter und Sozialpädagogen,
weil Peter Brückner zu denjenigen Hochschullehrern gehört, die durch ihre Lehrtätigkeit gesellschaftliche Mißstände,soziales und psychisches Elend - durch die sich unser späterer Beruf ja erst legitimiert - nicht ideologisch verschleiern und damit zementieren, sondern uns helfen, die Hintergründe dieser Probleme zu erkennen, und damit ihre Veränderbarkeit
-als Bürger der BRD
weil Peter Brückner zu denjenigen kritischen Wissenschaftlern gehört, die sich ohne falsche Rücksicht auf ihre eigenen Positionen konsequent mit uns gegen die zunehmende politische Repression und gegen den Abbau demokratischer Rechte in der BRD einsetzen.

STRAFVERFAHREN GEGEN LÜNEBURGER ÖSTA–MITGLIEDER EINGESTELLT!

Vom örtlichen Studentenausschuß der Pädagogischen Hochschule Niedersachsen erhielten wir die Nachricht über den Prozeßverlauf gegen 5 ihrer ehemaligen Mitglieder.
Aus der Presseerklärung:

LÜNEBURG, 16. Januar 1978
Heute, am 16.1.78 wurde vor dem Lüneburger Amtsgericht das Strafverfahren gegen 5 ehemaligen Mitglieder des örtlichen Studentenausschusses (ÖSTA) eingestellt.
Die 5 Studenten waren beschuldigt worden im Mai 1977 in einer ÖSTA-Dokumentation über verschiedene Prozesse gegen Kommilitonen eine Anklageschrift in Auszügen wörtlich veröffentlicht und damit gegen § 353 StGB verstoßen zu haben.
Mit der Einstellung der genannten Dokumentation war der ÖSTA einem studentischen Vollversammlungsbeschluß nachgekommen...

In der Dokumentation wurden die Hintergründe und die Geschichte der Protestaktionen von Studenten gegen den Einsatz von Regierungsvertretern bei Prüfungen sowie gegen die verschärften Prüfungsbedingungen veröffentlicht, sowie über die damit in Verbindung stehenden Verfahren gegen einzelne Studenten berichtet.
Außerdem enthielt die Schrift Informationen zu der im SS 76 stattgefundenen polizeilichen Räumung ganzer Gebäudeteile der Hochschule und das sich anschließende Verfahren gegen einige Kommilitonen.
Dazu aus der Presseerklärung:

Über diese Vorfälle, sowie die Verfahren im einzelnen zu informieren ist die Aufgabe des ÖSTA. In diesem Rahmen kam es zum wörtlichen Abdruck einer Anklageschrift, die noch nicht in einer öffentlichen Verhandlung verlesen worden war. Die Strafbarkeit einer solchen Veröffentlichung war den ÖSTA-Mitgliedern nicht bekannt, sonst wäre die Anklageschrift in einer anderen Form bekanntgemacht worden. Diese Dokumentation nahm die Lüneburger Staatsanwaltschaft zum Anlaß, die Räume des ÖSTA zu durchsuchen und gegen die 5 ÖSTA-Mitglieder ein Strafverfahren wegen Verstosses gegen § 353 StGB eröffnen zu lassen.
Der Prozeßverlauf zeigt deutlich, welches Interesse die Staatsanwaltschaft an dem Prozeß gegen die ÖSTA-Mitglieder heute hatte. Unmittelbar nach den Aussagen der Angeklagten zur

Sache ließ der Richter schon durchblicken, daß er an einer möglichst schnellen Einstellung des Verfahrens interessiert sei. Der Staatsanwalt ging sofort darauf ein und ließ erkennen, daß auch er an der Hauptverhandlung gar nicht mehr interessiert sei. Der Fall läge fast ein Jahr zurück und so tragisch sähe die Staatsanwaltschaft die Sache nicht mehr!
Hier drängt sich die Frage auf: Wozu der unverhältnismäßig hohe Aufwand der Hausdurchsuchung bei diesem geringfügigen Verstoß? An der Durchsuchung der ÖSTA-Räume waren 2 (zwei !) Staatsanwälte mit Sekretärin und mind. 10 Kriminalbeamte bzw. Polizisten beteiligt. Die Veröffentlichung der Anklageschrift kann also nur ein Vorwand gewesen sein, die Räume des ÖSTA zu durchsuchen. Der Herausgeber der Dokumentation war der Staatsanwaltschaft schon vor der Hausdurchsuchung bekannt, da diese Veröffentlichung eindeutig vom ÖSTA presserechtlich gekennzeichnet war. (...)

Die Staatsanwaltschaft war nicht zuletzt wegen der breiten solidarischen Diskussion in den Medien sowie in den akademischen Gremien dazu gezwungen, einer Einstellung des Verfahrens zuzustimmen. Wir werten dies als einen Erfolg aller demokratischen Kräfte im Kampf gegen Angriffe auf die verfaßte Studentenschaft.

NEUES VON DER PÄDAGOGISCHEN HOCHSCHULE HEIDELBERG

HEIDELBERG 23. Januar *Von einer Fachschaftsvertreterin aus der PH—Heidelberg erhielten wir folgenden Situationsbericht von der Durchführung des neuen Landeshochschulgesetzes in Baden-Württemberg:*

In dieser Woche finden an der Pädagogischen Hochschule in Heidelberg Wahlen zum Senat nach dem neuen Gesetz statt. Bis zum 18. Januar sollten die Listen der Bewerber abgegeben werden. Am Dienstag dem 17. Januar hatten wir eine Vollversammlung, auf der kam es nach harter Diskussionen, denn sowohl unser ASTA (Undogmatische Linke Liste, Spontis), als auch die Kommunistische Hochschulgruppe (KHG) wollten für den Senat kandidieren, zu einer Abstimmung: der weitaus größte Teil stimmte für einen Boykott der Wahlen. Daraufhin gaben ASTA und KHG ihre Liste auch nicht ab. Es hatte allerdins auch zur Folge, daß der ASTA zurücktrat. (Er hatte der Bitte des Rektors Abele - nach dem Gesetz der neue ASTA-Vorsitzende - entsprochen, im Namen des Rektorats die finanzielen und sonstigen Geschäfte im Sinne des LHG weiterzuführen); Der Rücktritt geschah auf der Vollversammlung, sogleich kam der Vorschlag, von Seiten einiger Studenten, die Aufgaben des ASTA der Fachbereichsvertreter-Konferenz zu übergeben. Die Vollversammlung stimmte zu. Damit sind von jedem Fachbereich die - noch von Studenten gewählten - Vertreter (rechtlich zwar illegal) zum ASTA gewählt worden (Vollversammlungsbeschluß; allerdings nur ca. 150 Leute). Dies allerdings nur für dieses Semester.
Damit ist allerdings noch nicht gesagt, daß wir außer dem Senats-ASTA (= Rektor der PH) keine studentischen Vertreter (es waren bisher auch nur 3) im Senat haben werden, denn es kann jetzt jeder an die Urne gehen, irgend einen Namen auf den Zettel schreiben und einwerfen. Derjenige wäre dann automatisch in den Senat gewählt. Es wird gehofft, daß die rechten Kreise dies nicht wissen. Der Asta ist mit DM 4.000,-- Schulden aus seinem Amt geschieden und der Asta-Vorsitzende hat sich geweigert die Schlüssel zu den Asta-Räumen den Fachbereichsvertretern zu übergeben, da er sich dafür verantwortlich fühle und erklärte er wolle die Schlüssel dem Rektor übergeben.
D.h. der ASTA wollte, indem er sich zu den Senatswahlen aufstellen lassen wollte, nicht das Landeshochschulgesetz durch sofortigen Rücktritt oder dortigen Boykott der Arbeit untergraben, wie auf der Vollversammlung angekündigt, sondern sich auch dort nur an die Regeln halten.
Auf der Fachschaftsvertreterkonferenz am 20. Januar wurde ein Geschäftsführender Ausschuß gebildet, der noch in diesem Semester ASTA-Neuwahlen durchführen soll, aber bis heute hat sich noch keiner getraut, für eine solche demokratische aber "illegale" Wahl zu kandidieren. Die Angst vor Strafanzeigen und Relegationen ist zu groß.

FH—FRANKFURT : 6 JAHRE MSB/SHB WAREN GENUG

FRANKFURT 20. Januar Mit einer Wahlbeteiligung von 41,9 % gingen am 20. Januar 1978 die Stupa-Wahlen an der Fachhochschule zu Ende. Nachdem die Gruppen MSB und SHB seit Bestehen der FH Frankfurt immer die meisten Stimmen bekommen hatten, gelang es der aus Unorganisierten bestehenden "Linken Liste - Streikinitiative" auf Anhieb die meisten Stimmen zu erhalten. Zwar konnten auch die Rechten (RCDS), die ebenfalls zum ersten Mal kandidierten, eine Anzahl Stimmen bekommen, doch dürfte damit endlich einmal das politische Kräfteverhältnis an der FH richtig dargestellt sein. Das Ergebnis der abgegebenen Stimmen in % (in Klammern die Zahlen des Vorjahres):

LiLi: 33,2 % (--); SHB: 31,6 % (64,2 %); RCDS: 17,9 % (--)
MSB: 13.2 % (22,6 %)

RÄUME GESUCHT

AACHEN 22. Dez.'77 Wir haben es satt, dauernd rumsuchen zu müssen, wenn wir Häuser für größere oder kleinere Gruppen für Seminare oder andere Treffen brauchen.
Da wir uns vorstellen können, daß es anderen Gruppen auch so geht, wollen wir jetzt mal eine Liste anlegen, in der möglichst viele derartiger Unterkünfte in der BRD stehen sollen. Schickt also massenhaft Adressen von alternativen oder nichtalternativen Gruppenunterkünften.

Wer uns geholfen hat, dem (der) schicken wir kostenlos eine vollständige (?) Liste zu.

Adresse: basisgruppen , c/o Klenkes, Oppenhoffallee 107,
51 Aachen, Tel. 0241/50 77 66



EINLADUNG ZUR GRÜNDUNGSVERSAMMLUNG DES 'WORLD INFORMATION SERVICE ON ENERGY' (WISE)

AMSTERDAM 16. Januar Am 25./26. Februar wird in Amsterdam ein 'World Information Service on Energy' (WISE) gegründet werden, der sich zum Ziel gesetzt hat, Bürgerinitiativen internationale Informationen über ökologische Forschungsergebnisse, AKW-Unfälle, gute Aktionen usw. zugänglich zu machen. Es wird angestrebt, aktionsorientiert zu informieren, um den in der AKW-Bewegung Aktiven beim gemeinsamen Kampf Hilfe zu leisten. Es wurde beschlossen, daß eine "Stiftung für Transnationale Energieinformation" gebildet werden soll, der ein Teil des Gewinns beim Verkauf der "Lachenden Sonne" zugeführt werden soll, um WISE zu finanzieren.

Entstanden ist dieses Projekt nach einer Reihe internationaler Treffen im vergangenen Sommer (Teilnehmer waren insbesondere die Organisationen til Oplysning om Atomkraft (OOA) Dänemark, Friends of the Earth, Mitglieder der Gewaltfreien Aktion), auf denen das Bedürfnis nach einem internationalen Informationsaustausch über Energiefragen laut wurde. Eine im September gebildete Vorbereitungsgruppe arbeitete einen Projektvorschlag aus, der im November während eines Treffens in Brüssel nach vorheriger Diskussion angenommen wurde. In der Absichtserklärung vom 28. November 77 heißt es:

„Zusammenhang, Stand der Bewegung, Gründe für einen Informationsdienst: Der Widerstand gegen Atomenergie hat sich zu einer weltweiten übernationalen Bewegung entwickelt. Diese Bewegung ist der bisher am weitesten entwickelte Ausdruck des Widerstandes gegen eine technokratische, zentralisierte, autoritäre undemokratische Gesellschaftsform. Ihre Stärke erwächst daraus, daß die Bürger, die zuvor unkritisch oder untätig waren, anfangen, Entwicklungen entgegenzutreten, die ihre Lebensgrundlage bedrohen.
Die Betreiber der Atomenergie - Industrie und Regierungen - arbeiten bereits auf internationaler Ebene. Es ist daher höchste Zeit für die Bewegung, auch übernational Informationen und Erfahrungen auszutauschen und nutzbar zu machen, um Aktionen weltweit wirkungsvoll durchzuführen.
Dies ist ebenfalls erforderlich, um die konstruktiven Grundlagen der Bewegung weiter zu entwickeln, nämlich die Ausarbeitung und Förderung von richtungsweisenden Alternativen (unerschöpfliche Energiequellen, andere Verwendung der erzeugten Energie, ...).

Funktion und Tätigkeitsbereich: Der Bewegung insbesondere durch Vermittlung von Information und Förderung von direkten Verbindungen zwischen unterschiedlichen Gruppen über die Grenzen hinweg zu dienen.
Um mit begrenzten Mitteln wirksam arbeiten zu können, wird der Aktionsbereich auf Energiefragen im weitesten Sinne (z.B. Aktivitäten und Methoden der Anti-Atombewegung, Auswirkungen von Energieproduktions- und verbrauchsstrukturen auf die Beschäftigung, weltweite Entwicklungen in der Atomindustrie ...) begrenzt sein.
Vordringliches Ziel ist es, einen ständigen Austausch von aktionsbezogenen Informationen (z.B. zur juristischen und politischen Unterstützung des Anti-Atomkampfes, über praktische Erfahrungen mit alternativen Energieformen, über Auswirkungen und Gefahren der Atomindustrie ...) zu sichern.
Information wird sowohl auf besondere Anfrage als auch in Form einer regelmäßigen Veröffentlichung bereitgestellt.
Grundsatz der Arbeit des Informationsdienstes wird es sein, ein Nachrichtenmonopol oder die Zentralisierung von Information zu vermeiden.
Deshalb wird angestrebt, direkte Kontakte und Informationsaustausch innerhalb der Bewegung zu erleichtern und zu fördern, und zwar über alle Grenzen (geographische, sprachliche, politische usw.) hinweg, nicht aber ein Büro zur zentralen Steuerung von Kontakten aufzubauen.
Um den gegenwärtigen Anforderungen der Bewegung (z.B. Kontakte und internationale Pressearbeit im Zusammenhang mit der Vorbereitung und Auswertung einer internationalen Demonstration) entsprechen zu können, muß der Informationsdienst ausrechend beweglich sein, nie aber auf Kosten seiner Verpflichtung, der Bewegung als Ganzes weltweit zu dienen.
Daraus folgt u.a., daß wenigstens dreisprachig (Englisch, Französisch und Deutsch) gearbeitet werden muß.
Unabhängigkeit von jeder politischen und ideologischen Strömung innerhalb und außerhalb der Bewegung wird in den Grundlagen des Informationsdienstes festgelegt, um der Vielfalt der Bewegung gerecht zu werden."

Australien:
Jim Falk
Lowara Veal

Dänemark
Siegfried Christiansen
Stefan Kaldau

Bundesrepublik:
Eric Bachmann
Norbert Bambach
Peter Boock
Ulrike Breitschuh
Jutta v. Ditfurth
Jürgen Engel
Nina Gladitz
Jens Matthaes
P. Christian Thürnagel
Manfred Zieran

Spanien:
Jasone Zurbaran

Belgien:
Annie Braquemont
John Lambert
Andre Viollier
Franco Pettini

Frankreich:
Christian Duremberg

Großbritannien:
Jullian Boles
David Hall
Gordon Thompson

Japan:
Jokio Tanaka

Niederalnde:
Pieter Lammers
Frank van Zaanen

Vereinigte Staaten:
Merri Waters

Wer also beabsichtigt, an der Gründungsversammlung von WISE am25./26. Februar in Amsterdam teilzunehmen, melde sich bitte möglichst bald an bei:
Frank van Zaanen c/o Vereniging Milieudefensie, Weteringplantsoen 9, Amsterdam.

Das Programm zu dieser Veranstaltung ist folgendermaßen geplant:

Samstag, 25.2., 13.00 Uhr: Vorstellung und Besprechung des Projekts; Annahme der Satzung und der Protokolle, in welchen Ziele und Prioritäten sowie das Prinzip der Selbstverwaltung des ständigen Teams festgelegt sind; formelle Gründung des WISE.

Sonntag, 26.2., 9.30 Uhr: erste Vollversammlung des WISE Diskussion über Pläne und Prioritäten; Wahl eines Geschäftsausschusses; Wahl von Kassenprüfern; sonstiges.

Arbeitspapiere, Informationen bzw. Tagungsort, Anreise, Unterbringung werden drei Wochen vor der Versammlung zusammen mit einer Teilnehmerliste entsprechend den Anmeldungen verschickt.

ZUR SITUATION DER POLITISCHEN GEFANGENEN IN IRLAND

– 350 GEFANGENE NACKT IN ISOLIERHAFT –

Dezember 1977 Belfast *Bericht vom westdeutschen Irland-Solidaritätskomitee:*

Seit März 1976 ist in Irland die Internierungspraxis offiziell außer Kraft gesetzt und den politischen Gefangenen der politische Status aberkannt. Aber die Rückkehr zur Rechtsstaatlichkeit bedeutet nichts anderes als die Legalisierung der Internierungspraxis. Konnte jeder 'Verdächtige' zuvor ohne Haftbefehl, richterlich Vorführung und Gerichtsverfahren für unbestimmte Zeit in ein Lager gesperrt werden; und war damit automatisch als 'Special Category' Gefangener anerkannt, so endet die 'legale' Rechtssprechung jetzt mit der Verurteilung zum kriminellen, dem jedes politische Motiv aberkannt ist.

Dafür, daß ohne Internierungspraxis nicht weniger in die Lager und Knäste kommen, hat Westminster (London) gesorgt: Mit der Einführung der 7-Tage Interrogation funktioniert das System noch besser. In den Verhörzentren RUC (nordirische Polizei) wird jeder Festgenommene solange gefoltert, bis er ein ihm vorgelegtes 'Geständnis' unterschreibt. Tausende haben die Folter inzwichen durchmachen müssen und etwa ebensoviel Protokolle befinden sich in der Anklageschrift gegen die britische Regierung, die dem Straßburger Gerichtshof vorliegen.
Die Verurteilung erfolgt meist allein auf der Basis der unter Folter unterschreibenen Geständnisse. Zeugen der Anklage , in der Regel britische Soldaten, treten anonym hinter Vorhängen auf. Die Verhandlungen sind ein Farce, dauern oft nicht länger als eine Stunde, die verhängten Strafen dafür im Durchschnitt 15 Jahre. Etwa die Hälfte der Angeklagten wird zu lebenslänglich verurteilt. Viele davon sind erst 17 Jahre alt.

Etwa 350 Angeklagte sind seit März '76 auf diese Weise verurteilt worden. Sie alle befinden sich im Kampf gegen die Diskriminierung als Kriminelle und für die Rückgewinnung des Politischen Status. 900 Republikaner sitzen in Untersuchungshaft, so daß die Zahl der in Isolierhaft sitzenden Gefangenen in nächster Zukunft auf über Tausend ansteigen wird. Die Opfer, die die Gefangenen für ihren Kmapf auf sich nehmen, sind unvorstellbar.

Weil sie sich weigern, den kriminellen-Status anzunehmen und Zwangsarbeit zu verrichten, sind ihnen alle Rechte aberkannt worden.

Sie sind in Einzelzellen untergebracht, die kein ein ziges Stück Mobiliar enthalten. Sie haben keine Kleidung, keine Bücher, Zeitungen, Radio; dürfen weder Briefe schreiben noch Briefe erhalten. Ihr Kontakt zur Außenwelt ist absolut unterbrochen. Von Gemeinschaftsveranstaltungen sind sie ausgeschlossen. Ein vierwöchentlicher Besuch der nächsten Verwandten ist nur zugelassen, wenn diese dem Gefängnisdirektor vorher schriftlich versichern, daß sie ihren Angehörigen zur Aufgabe des Protests bewegen wollen. Was natürlich niemand macht.

Die Gefangenen befinden sich 24 Stunden in ihrer Einzelzelle. Tagsüber werden Matrazen und Bettzeug rausgeräumt, die Pritsche an die Wand geschnallt. Es bleibt ihnen allein ein Bettuch. So sitzen sie bis zum Abend vor der Heizungsröhre. Zweimal täglich werden sie zur Toilette geführt, wobei sie sich nicht mit dem Bettuch umhüllen dürfen. Durch die Reihe der feixenden Schließer müssen sie nackt Spalier laufen, nicht selten werden sie von den Schließern mit Kübeln kalten Wassers übergossen. Das Essen ist in der Regel kalt, versalzen oder gar nicht gewürzt.

Alle 2 Wochen kommt der Gefängnisdirektor mit der obligaten Frage, ob sie nicht einsichtig geworden seien; und bereit, Gefängnisklamotten anzuziehen und Zwangsarbeit zu verrichten. Für jedes Nein bekommen die Gefangenen zusätzlich 3 Tage Haft aufgebrummt und es werden ihnen 14 Tage vor der möglichen vorzeitigen Entlassung gestrichen.

Für die zuerst Verurteilten dauert der Zustand nun bald 2 Jahre an. Kürzlich konnte der erste Brief aus dem berüchtigten H-Blocks herausgeschmuggelt werden. Er schließt mit den Worten: We will win, our day will come!
Venceremos!

Die Republikanische Bewegung hat uns aufgefordert, u.a. eine Unterschriftenkampagne für die Rückgewinnung des Politischen Status auf dem Kontinent durchzuführen. Vorgedruckte Resolutionsformulare können zu hunderten bei uns bestellt werden. Außerdem gibt es Materialien über den Kampf für den Politischen Status. Organisiert Veranstaltungen und Informationsstände, wendet Euch selbst mit Briefen und Telegrammen an

Roy Mason,
Secretary of State, Stormont, Northern Ireland Office
(schickt die Druchschläge an uns.)

Westdeutsches Irland Solidaritätskomitee, Postfach 35
6370 Oberursel 5.

LINKSRADIKALE SCHIFFAHRT

ROM
23. Januar

In Rom gibt es eine Gruppe von Seeleuten, die mit einem Schiff – ein 10.000-Tonner für 1 Million Dollar – einen geldlosen Transport und Tausch von Waren, die für „unsere körperliche Freiheit notwendig sind", zwischen den Kontinenten aufbauen wollen. Technische, mechanische und medizinische Ausrüstung mit dem dazugehörigen Wissen wird zum Beispiel in Afrika gebraucht, woanders Textilien und Nahrungsmittel. Die Seeleute wollen mit dem Tausch eine direkte Verbindung von Produzenten, die selbstorganisiert ihre Waren herstellen, wie die LIP-Arbeiter oder Alternativprojekte, möglich machen.

Sie glauben, daß die Arbeitssolidarität zur Zeit **„in einer guten Entwicklungsphase ist, die es ermöglicht, daß die Herstellung, Verteilung und Verständigung in einer Weise erfolgt, die es einfacher macht, die Bedürfnisse der Völker zu befriedigen."**

Jetzt hat die Gruppe genug Leute mit ausreichenden Fertigkeiten, um Schiffe ohne interne Schwierigkeiten in Betrieb zu halten. Was sie noch brauchen, ist der Kontakt zu ähnlich organisierten Gruppen von Leuten, die Produktions- und Reparaturarbeiten machen, Leute, die ihnen helfen, ihre grundlegenden Bedürfnisse zu befriedigen, damit sie bargeldlos transportieren können und Unterstützung bei der Instandhaltung der Schiffsmaschinerie in den Häfen. Und sobald die „revolutionären Seeleute" Glück haben mit ihrer Bemühung um eine lagge, die dem Schiff internationale Rechte gibt und Einfahrt und Ladung in den nationalen Häfen erlaubt – dann kann das Schiff auslaufen.

Kontaktadresse:
Maritime Revolutionary Workers, Via Ferruccio, 4/8 - Roma 00185, ITALIA

Uuuuaaaahhhh

UuuEEE

"JEDEM NACH SEINEN BEDUERFNISSEN"
BELDISCHES LINKSMAGAZIN "POUR" IN AUSBAUPHASE

Zuerich/Bruessel
26,Januar 78

Aus Focus, Nr. 92, Postfach 161 8033 Zuerich:

Am 13. März 1973 verlässt's erstmals die Druckmaschinen, das belgische linke Magazin «POUR» (im Untertitel: «pour écrire la liberté» – um die Freiheit zu schreiben).

«Das war das sichtbarste und öffentlichste Resultat einer langen Vorbereitungsarbeit, die vorausgegangen war», beschreiben die «POUR»-Leute dieses Ereignis. «Tatsächlich im Verlauf von mehr als drei Jahren ist es einer kleinen Gruppe von Genossen gelungen, indem sie sich verschuldete, Maschinen auf Kredit kaufte und arbeitete, um diese Kredite zurückzuzahlen, eine Druckerei auf die Beine zu stellen. Es war ein grundlegend politischer Entscheid. Uns leuchtete ein, dass wir einer Massenzeitung die Mittel zum finanziellen Überleben geben, wenn wir sie auf unsern eigenen Maschinen selber produzieren.»

Zunächst sind's 8seitige Dossiers, die vierzehntäglich erscheinen. Später kommen sie jede Woche heraus, aus 8 werden 12, schliesslich 16 Seiten. Und kürzlich, im Verlauf des vergangenen Herbstes, ist «POUR» auf 32 Seiten angewachsen. Die behandelten Themen sind umfassender geworden.

Diese rein äusserlichen Veränderungen gingen natürlich immer einher mit Veränderungen und Entwicklungen des «POUR»-Kollektivs, ihren Beziehungen nach aussen, sowie mit einem Ausbau der technischen Infrastruktur (Druckerei, Setzerei usw.). «Im Bewusstsein, dass die Organisation der Produktion die Grundlage jeder menschlichen Aktivität bildet, wollten wir ein Arbeitssystem entwickeln, das die Ausbeutungsmechanismen ausschaltet und Gleichberechtigung und sozialistische Ideen fördert, das die Beseitigung individualistischen, passiven oder... bürgerlichen (man kann's ruhig sagen) Verhaltens erleichtert.

Darum haben wir uns auf folgende Prinzipien geeinigt: Verbindung von Kopf- und Handarbeit (Aufteilen der weniger aufgestellten und interessanten Arbeiten auf alle), Rotationsprinzip (jeder lernt im Verlauf der Zeit die verschiedenen Produktionsbereiche der Zeitung kennen und beherrschen), keine Hierarchie der verschiedenen Aufgaben (es existieren keine "ehrenvollen" Funktionen: wir messen der Redaktion, dem Satz, dem Layout, dem Druck die gleiche Bedeutung bei), Wähl- und Abwählbarkeit für alle Verantwortlichkeiten, ständiges Recht auf Kritik, Ersetzen der "Saläre" durch "Jedem nach seinen Bedürfnissen". Dieser letzte Punkt bedeutet, dass die (wenigen) vollamtlich für die Zeitung Arbeitenden Mittel kriegen, um zu essen, sich zu kleiden, zu wohnen, sich zu unterhalten entsprechend ihren Bedürfnissen und den finanziellen Möglichkeiten von 'POUR'. Diese zwingen uns öfters, den Gürtel enger zu schnallen. Ausschlaggebend ist dabei weder die Qualifikation jener Genossen noch ihre Präsenzzeit. (Richtlinie: 9000 belg. Francs, 540 sFr. für Einzelpersonen, das Doppelte für jemanden mit Kindern). Verschiedene Güter (Autos, Geld, Fotoapparate, Tonbandgeräte usw.) wurden ebenfalls kollektiviert. Nach diesen Prinzipien zu funktionieren ist natürlich nicht problemlos.»

In den Anfangszeiten von «POUR» hatte man "Comités POUR" in verschiedenen Städten des Landes gebildet. Diese setzten sich aus Lesern zusammen, standen allerdings nicht auf soliden Füssen und überlebten auch nicht lange...

Später bildete man sogenannte "Collectifs POUR": Arbeitsgruppen, die bestimmte Themen (Arbeitskämpfe, Erziehung, Kultur, Umwelt) bearbeiteten.

Zurzeit, im Zusammenhang mit dem Ausbau von «POUR» auf 32 Seiten, läuft eine grosse Kampagne zur Regionalisierung. Sympathisanten, Leser, Genossen im ganzen Land (inklusive Luxemburg) werden mobilisiert, Lokalredaktionen mit Büros, lokale redaktionelle Arbeitsgruppen gebildet. «POUR»-Leute beteiligen sich an politischen Aktionen (mit Flugblättern, Extrablättern), etwa bei Trampreisreduktions-Aktionen in verschiedenen Städten nach dem Vorbild der italienischen «autoreduzione», oder bei Streiks, Betriebskämpfen usw.

Der Ausbau der Zeitung, die Umfangerweiterung, die Einrichtung lokaler Büros, die Popularisierungskampagne erfordert Geld. Ein neuer Fotosatztaster musste her, der Sammelhefter musste ausgebaut, das Fotolabor besser ausgerüstet werden. Die «POUR»-Genossen haben zu einer Geldsammlung aufgerufen. Ihr Ziel: 1 Million belg. Francs (60'000 sFr.). Begonnen wurde diese Sammlung im Oktober 77. Anfang Dezember 77 waren bereits 820'000 belg. Francs zusammen!

Die «POUR»-Leute scheinen, ihren Beschreibungen nach zu schliessen, voller Optimismus und in einer emsigen Aktivität getaucht. Ständig berichten sie, wie sich Leute aus allen Ecken des Landes bei ihnen melden, die als Lokal-, Betriebs- oder Gewerkschaftskorrespondenten sich zur Verfügung stellen wollen, wie lokale «POUR»-Gruppen entstehen, wie sie ein günstiges und hübsches Lokal für ein Büro in einer Stadt gefunden haben.

Wie lange diese Euphorie anhält, bleibt abzuwarten. Ob sich die Strukturen so festigen können, dass diese Regionalisierung auch nach dem ersten Begeisterungsrausch funktionsfähig bleibt, wird man sehen müssen. Ob die «POUR»-Leute in der Lage sind, die Lokalgruppen und Lokalkorrespondenten zu betreuen, den Kontakt zu ihnen zu pflegen, oder ob sie diese sich selbst überlassen und damit über kurz oder lang deren Ausscheren bewirken, sie somit die Erfahrungen aus der Anfangsphase wiederholen, kann man jetzt nicht sagen. (Das sind übrigens Erfahrungen, die auch andere linke und Alternativzeitungen gemacht haben, die Lesergruppen, lokale Komitees aufbauen wollten. Etwa die linke französische Tageszeitung «Libération», und bei uns in der Schweiz die «Leserzeitung».)

«POUR» ist übrigens eine interessante Zeitschrift mit farbigem, aufgestelltem Layout. Die Themenwahl, die Behandlung und Einschätzung der Themen ist etwa mit jener des focus vergleichbar.

BESETZTE BETRIEBE IN FRANKREICH
(Stand Okt. 1977 Infotafel am Werkstor von LIP)

Betriebsbesetzungen sind im Kampf der Arbeiterschaft gegen die Unterdrükkung durch das Kapital keine selbstverständlichen Kampfformen, schon gar nicht in der Bundesrepublik. Hier haben die Zementarbeiter von Erwitte ein Beispiel gesetzt. Doch viele Gewerkschafter, die über Erwitte reden, sagen auch: Der Unternehmer hat es dort soweit kommen lassen, daß den Arbeitern nichts anderes übrig blieb. Für die außergewöhnliche Aktion wird eine Erklärung gesucht, die auch als Entschuldigung akzeptiert werden kann. Doch müssen Widerstandshandlungen der Arbeiterschaft so erklärt werden, wenn es um nichts anderes geht, als den Arbeitsplatz zu erhalten?

In Frankreich sind Betriebsbesetzungen längst nicht mehr so außergewöhnliche Aktionen wie bei uns. Das soll mit dieser Übersicht veranschaulicht werden. Die Unternehmer in Frankreich sind bestimmt nicht skrupelloser, wenn es um die Vernichtung von Arbeitsplätzen geht. So wie sie Verhältnisse schaffen wollen, die ihrem Interesse entsprechen, schaffen auch die französischen Arbeiter Verhältnisse, die es ihnen erlauben, ihr Interesse zu wahren.

Betrieb	Branche	Beschäftigte	Besetzung Monat/Jahr
Amisol in Clermont F^o	Asbest	270	Januar 75
Helio-Cachan in Chilly-Mazarin	Druckerei	200 wiederbesetzt	Juli 75 August 77
Caron-Ozanne in Caen	Druckerei	156	Juli 75
Dimpre in Escarbotin	Wasserhähne und Ventile		August 75
Ideal Standard in Dammarie les Lys	Sanitärwaren	750	Oktober 75
Obsession in Villeurbanne	Bekleidung	250	Oktober 75
Chaix in St. Quen	Druckerei	640	Dezember 75
Denval in Rosporden	Schuhe	136	Januar 76
Gambin in Viuz en Sallaz	Werkzeugmasch.	600	Januar 76
Rehault in Fougeres	Schuhe	600	Februar 76
Sopromer in Lorient-Concarneau	Konserven	400	Februar 76
Amtec in Villeurbanne-Chassieu	Werkzeugmasch.	360	April 76
LIP in B sancon	Uhren	900	Mai 76
Bourdeaux-Sud in Bordeaux	Metallurgie	380	Juni 76
SCPC in Cournon	Plastik	155	Juli 76
Sud Acier in Toulon	Metallurgie	500	August 76
Relliac in Maiche	Uhren	75	August 76
Centre Metal in Parrasac les Mines	Metallurgie	74	September 76
Rhone Poulenc in Peage de Roussillon	Textil	515	September 76
Ollier in Clermont-Ferrand	industrielle Ausr.		September 76
Artelec in Montreuil	Metallurgie	162	September 76
SIC in Chazelles	Bekleidung	170	November 76
Teppaz in Craponne	Metallurgie	120	November 76
Leroux in Muzillac	Metallurgie	244	November 76
Cazeneuve in St.Denis	Werkzeugmasch.	420	Dezember 76

Betrieb	Branche	Beschäftigte	Besetzung Monat/Jahr
Cicinnatti in Villefrance	Werkzeugmasch.	130	Dezember 76
St. Joseph in Bordeaux	Strumpfwirkerei	1015	Dezember 76
Mecano in La Courneuve	Metallurgie	417	Dezember 76
Benoto in Bethune	Metallurgie	361	Februar 77
Moltais in Redon	Möbel	147	April 77
C.A.T. in Besancon	Prothesen	270	Februar 77
Nicolas Roussel in La Bresse	Textil	78	April 77
Defrenne in Roubaix	Textil	310	Mai 77
Schlumpf in Malmersbach	Textil	480	Mai 77
Amos in Raen-L'Etappe	Textil	200	Mai 77
Socometal in Saulxures	Schreinerei	60	Mai 77
Savo in Le Creusot	Textil	200	Mai 77
I.P.S. in Paulhaguet	Ziegelei	135	Mai 77
Devigne in Romilly s. Seine	Textil		Juni 77
Masseboeuf in St.Etienne	Bauindustrie	200	Juni 77
Pratic in Romains	Schuhe	205	Juni 77
Gervais-Danone in Marseille	Lebensmittel	147	Juli 77
Scaplon in Qimper	Textil	50	September 77
Ducerf in Amiens	Tresore	85	September 77
M.P.I. in Etampes	Druckerei		September 77
Ducerf in Corbie			September 77
Blanc-Misseron	Stahlwerk	480	September 77
Andre Morin in Paris 17°	Bauindustrie	130	September 77
Atelier de Confection in Flertoise-Flert	Textil	100	September 77
Wassmer in Assoine	Luftfahrt	85	September 77
Thiviet-Catin in La Baule			September 77
Papeteries de Bretagne in Rennes	Papierwaren	125	Oktober 77
Sotexa in Aubenas	Metallurgie	280	Oktober 77
Techno-Fluide in Bonneuil s.Marne	Metallurgie		Oktober 77
Lamar in Lille	Textil	130	Oktober 77

Aus: EXPRESS, Nr. 1, 17. Januar 1978, Postfach 591,
6050 Offenbach 4, Tel. 0611/ 83 25 93

Was alles in diesen ID nicht mehr reinkam:

Berlin: Wanderausstellung gegen die BILD-Zeitung
mit Günther Wallraf zusammen wird die Galerie 70, Berlin, vom 5.4.–10.6. eine Ausstellung gegen die Bildzeitung durchfüren.

Mainz: Der Atomfilz hält Hof
in Mainz fand eine Tagung zum Thema "Die Sicherheit des Leichtwasserreaktors", von dem deutschen Atomforum e.V. veranstaltet, statt. Die Bügerinitiative Umweltschutz Mainz-Wiesbaden veranstaltete ein Gegenforum.

Bochum: Räumungsklage gegen Wohngemeinschaft – garniert mit sexuellen Vorwürfen
Einer Bochumer Wohngemeinschaft wurde fristlos gekündigt. Ein Zitat aus der Räumungsklage: Eine nachhaltige Stöung der Hausgemeinschaft haben die Beklagten dadurch hervorgerufen, daß sie bei der Ausgestaltung ihrer intimen Beziehungen einen fü andere Hausbewohner unzumutbaren Lärmpegel erzeugten."

HERAUSGEBER:

Frankfurter Informationsdienst e.V.
Hamburger Allee 45, 6000 Frankfurt 90

Verantwortlicher Redakteur:
Frieder Kern

Bei Nichtaushändigung an den Gefangenen bitte mit dem Grund der Nichtaushändigung an Apsender zurückschicken.

Postvertriebsstück
Gebühr bezahlt
D 1870 CX
Informations Dienst
Postfach 90 03 43 6 Ffm 90

Nummer des Abonnements	bezahlt bis ID-Nummer	Exemplare
		3

Achtung, liebe Abonennten!
Wenn auf dem Adressaufkleber das Zeichen !? ! auftaucht, bitte baldigst Geld auf das ID-Konto überweisen-sonst meinen wir, ihr wollt keinen ID mehr UND STELLEN DIE LIEFERUNG EIN !? !

ID NR. 214



Ich will garnicht wissen, in wieviel hundert Frankfurter Kleinfamilien es dieses Jahr wieder unheimlich gekracht hat unterm Lichterbaum. Jede Menge Putenschenkel und Sektflaschen müssen zu den Klängen gefühlsduseliger Knabenchöre über die gefüllten Gabentische geflogen sein. Wieviel Verletzte das Fest gekostet hat, taucht in keiner Statistik auf; klar ist nur eins: Hunderte von Leuten haben wieder begriffen, daß sie's zuhause nicht mehr aushalten, daß sie abhauen müssen, wenn sie nicht ganz vor die Hunde gehen wollen.

Das Fest der Liebe hat unter den Frankfurter Jugendlichen jedenfalls wieder einige Wohnungssuchende mehr produziert, und das ist in einer so bescheuerten Stadt natürlich für jeden Einzelnen ein Riesenproblem: Für Jugendliche ist es noch schwerer, eine eigene Wohnung zu finden, als für manchen Ausländer oder Studenten, und das heißt für den Betroffenen eine ganze Menge. Mancher braucht Jahre, um sich von seiner Familie wenigstens räumlich zu trennen. (Dabei gehen natürlich immer ein paar Leute vor die Hunde, wie die Sibstmordstatistik und die Zahl der Heroinidioten beweist).

Um wenigstens dem Wohnungsproblem vieler Jugendlicher ein wenig beizukommen, haben Jugendliche und Mitarbeiter in einigen Frankfurter Jugendclubs einen Versuch unternommen, eine Lösung zu finden. Sie haben einen Brief an alle Leute geschrieben, die etwas mit Jugendarbeit in dieser Stadt zu tun haben, um herauszukriegen, wieviel Jugendliche von zuhause ausziehen würden, wenn sie könnten.



Damit nicht Alle einfach "Hier" schreien und dann nur noch auf eine Wohnung warten, wurde Folgendes festgelegt: Bei der Kontaktadresse sollen sich alle wohnungssuchenden Jugendliche melden, die sich vorstellen können, in einer größeren Wohnung oder in einem Haus mit mehreren Leuten im Kollektiv zu wohnen, und dafür auch was tun wollen. Wer mitmachen will, sollte bereit sein, alle rechtlichen Möglichkeiten auszuschöpfen (gedacht ist an di e Gründung eines eingetragenen Vereins). Er (Sie) muß aber auch bereit sein, einmal einem Verantwortlichen auf den Schreibtisch zu spucken, denn bei solchen Unternehmungen kommt der Erfolg nicht von selbst.

Es gibt bereits eine Menge Leute aus der Jugendarbeit, die für ein solches Projekt etwas tun würden; was ihnen fehlt, sind aber die Massen, die es WOLLEN. Ihr werdet sicher bald im Jugendhaus oder vielleicht auch in der Schule was von der "Aktion Tschüs" hören. Wendet Euch dann an den betreffenden Menschen, der Euch die frohe Botschaft verkündet. Sollte aber wider Erwarten alles ruhig bl eiben, wendet Euch mit Namen und Adresse s c h r i f t l i c h an:



"Aktion Tschüß"
Naturfreundejugend Ffm.
Hamburger Allee 47
6000 Frankfurt 90